Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 16.—31. Aug. 385 000 M., durch die Post 385 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Leuchenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 44000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 200000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textsiententeil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 30000 Mk. | **Mittwoch, den 22. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 195**

Kommunismus und deutsche nationalistische Bewegung

Von Karl Radek

II

Die Klassengegensätze in Deutschland und das Schicksal Deutschlands

Die Gruppe „Das Gewissen" und Graf Reventlow treten an die von uns aufgeworfenen Fragen vom außenpolitischen Standpunkt heran. Das ist verständlich, weil sie überhaupt vom Standpunkt der äußeren Gefahren, von denen Deutschland bedroht ist, zur Frage des Verhältnisses der nationalistischen Kreise zur Arbeiterklasse gelangt sind. Die Frage der deutschen Revolution steht für sie nicht als die Frage des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse gegen die bisher in Deutschland herrschenden Schichten, sondern als die Frage, inwieweit die Revolution die Stellung Deutschlands unter den Völkern schwächen oder stärken kann. Die soziale Frage hat in ihren Augen untergeordnete Bedeutung. Wir sind der Ueberzeugung, daß dies ein unrichtiger Ausgangspunkt ist.

Die deutsche Niederlage im Weltkriege ist gewiß eine Tatsache, die nicht nur die Psychologie breiter Kreise beherrscht, sondern die auch objektiv in der einschneidendsten Weise das soziale Kräfteverhältnis in Deutschland beeinflußt. Aber sie ist keinesfalls das Entscheidende in der Entwicklung seit dem Kriege. Die moderne Weltgeschichte kennt eine ganze Reihe von Fällen, wo große Nationen von der größten Höhe ihrer Macht und ihres Einflusses herabgesunken sind. Der Aufstieg und der Niedergang Spaniens, der Aufstieg und der Niedergang Hollands, der mehrfache Auf- und Niedergang Frankreichs — sie haben in dem Rahmen der modernen Geschichte nichts geändert an der Ausbreitung des Kapitalismus, oder, um mit den englischen Oekonomen und Philosophen zu sprechen, der modernen Zivilisation. Das neue, was der Krieg gebracht hat, ist die russische proletarische Revolution, ist das Erscheinen des ersten Staates, der nicht von der Bourgeoisie und den Junkern beherrscht ist, sondern der die Epoche der Herrschaft der Arbeiter einleitet. Alle Rückschläge, alle momentanen Zickzacke, die die Geschichte noch machen kann, ändern nichts an der Tatsache:

Mit der Oktoberrevolution in Rußland beginnt eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte.

Wie auf die Periode des Feudalismus die des Kapitalismus gefolgt ist, so folgt auf die Periode des Kapitalismus die Periode, in der die arbeitenden Massen die Gesellschaft zu modeln beginnen auf sozialistischem Boden, auf dem Boden der Beherrschung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft. Die russische Revolution wurde nicht nur zum Ansporn der Arbeiterbewegung in anderen Ländern, sondern sie wurde zum Zentrum dieser Bewegung. Mag die bürgerliche Presse und mögen die bürgerlichen Politiker mit der Oberflächlichkeit, die sie charakterisiert, das dem Einfluß der russischen Agitation und dem russischen Gelde zuschreiben. Männer, die verlangen wollen, daß man sie geistig ernst nimmt, können natürlich diese Erklärung nicht akzeptieren. Soll doch die deutsche Bourgeoisie, soll doch der deutsche kapitalistische Staat versuchen, mit seinem Gelde, mit seiner Agitation eine ähnliche internationale Bewegung um sich schaffen. Sie würde ihnen sehr vonnöten sein. Sie können es nicht. Der englische und amerikanische Kapitalismus sind eine gewaltige Macht. Nicht nur durch die Macht ihres Geldes, sondern auch durch die Macht ihrer Presse, ihrer Verbindungen wirken sie in der ganzen Welt für ihre Sache. Mögen englische und amerikanische Arbeiterführer, bewußt oder unbewußt, die Sache des englischen und amerikanischen Imperialismus vertreten, eine Bewegung zur Unterstützung der amerikanischen und englischen Regierung können sie in der Welt nicht schaffen. Und diese einfache Tatsache müßte jedem denkenden deutschen Nationalisten sagen: das Verhältnis zu der Klasse, die der Träger einer neuen Gesellschaftsperiode ist, ist keine untergeordnete, es ist die Frage der Deutschen, die, erschüttert durch den Zusammenbruch ihres Vaterlandes, sich fragen: Was weiter? Wie sollen wir kämpfen, in welchem Rahmen und wofür?

Aber sogar, wenn man vom außenpolitischen Standpunkt an die Fragen herantritt, darf man sie nicht in dieser kühlen, oberflächlichen Weise behandeln, wie es die Gruppe „Das Gewissen" und Graf Reventlow tun. Was sagt die Gruppe „Das Gewissen", was sagt Graf Reventlow? Sie wollen gegen die Kapitalisten kämpfen, die das materiellen Interessen Deutschland verraten, sich mit den französischen und englischen Kapitalisten verbinden. Aber sie lehnen die Klassentheorie ab, sie lehnen ab, auf die Hilfe der Kapitalisten beim Wiederaufbau Deutschlands zu verzichten, weil man ohne Persönlichkeiten und wirtschaftliche Initiative Deutschland nie restaurieren könne. Nun, wir wollen nicht über Theorien streiten. Wir wollen an der Hand der Tatsachen einen kleinen

Kursus deutscher Wirtschaftskunde

mit unseren Opponenten durchgehen.

Wir wollen feststellen, daß sie gegen die Gruppen des deutschen Kapitals kämpfen wollen, die die deutsche Wirtschaft ans Ausland ausliefern. Gut! Wollen wir sehen, wer tut das? Die Hamburg-Amerika-Linie ist jetzt zum großen Teile eine amerikanische Unternehmung, mit Harriman alliiert. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft ist verbunden mit dem Amerikanischen Kupfertrust und mit dem bekannten amerikanischen Bankhaus Kuhn und Loeb. Der Stinnes-Trust sucht Verbindungen mit Frankreich und hat sie schon zum Teil gefunden. Er arbeitet während der Ruhrkrise sogar mit Louheur und Schneider-Creuzot. Krupp hat schon im vorigen Jahre einen großen Teil seiner Aktien an Urquhart verkauft und ist von den englischen Banken, die die Asiatic Corporation finanziert, eng liiert. Man könnte eine deutsche Großfirma nach der anderen nennen: jede von ihnen steht jetzt in engster Beziehung zu ausländischen Bankhäusern, zu ausländischen Industrieunternehmungen.

Was ist das Resultat dieser Tatsache? Das französische, amerikanische, englische usw. Kapital kontrolliert die deutsche Industrie, diktiert ihr, was sie produzieren soll, verabredet mit ihr die Preise, die die deutschen Konsumenten zahlen, und die Löhne, die die deutschen Arbeiter und Techniker bekommen. Der Erlös der deutschen Ausfuhr fließt durch diese Verbindungen in die ausländischen Banken, er wird dem Zugriff der deutschen Steuerbehörden entzogen.

Aber das ist noch das wenigste. Das ausländische Kapital bekommt auf diese Weise die Entscheidung über die deutsche Politik. Die deutsche Presse freute sich sehr naiv über den Einfluß, den Herr Cuno durch seine Beziehungen zu Harriman auf Amerika ausüben kann. Von diesem Einfluß hat man nichts gehört, aber man weiß, wie die Rücksicht auf Amerika, auf die Haltung der amerikanischen Finanzkreise die ausschlaggebende Rolle in der Politik der deutschen Regierung spielt. — Das Verhältnis von Krupp zu Rußland liegt in den Händen des Engländers Urquhart. Damit liegt ein Teil des deutschen Wiederaufbaues in den Händen des englischen Kapitals. — Die deutsche Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft beeinflußte in der Person Walter Rathenaus und Herrn Felix Deutschs die deutsche Regierung in ihrer russischen Politik vom Standpunkt der Interessen der amerikanischen Bankfirma Kuhn und Loeb. — Der Stinnes-Lubersac-Vertrag beleuchtete in der grellsten Form diese Abhängigkeit der deutschen Politik von kapitalistischen Interessen.

Die Erfüllungspolitik war eine Sünde, solange sie geleitet wurde von der Deutschen Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in der Person von Rathenau oder von den Bankhäusern Warburg und Melchior. Sie wurde zur patriotischen Tat, als Herr Stinnes das Geschäft mit dem französischen Stinnes, mit Loucheur machen sollte. Jede Anrufung des deutschen Volkes durch die Völkischen ist eine Lächerlichkeit, solange sie mit den Stinnes, Krupp, Haniel usw. nicht brechen.

Was sind die Stinnes, Krupp, Haniel, AEG., Wolf usw.?

Sind das gute oder schlechte Personen, sind das überhaupt Einzelpersonen? Es sind die Beherrscher der deutschen Kohle, des deutschen Eisens, der deutschen Elektrizität, d. h. es sind die Beherrscher der kommandierenden Höhen der deutschen Volkswirtschaft. Es ist die deutsche Großindustrie, das deutsche Großkapital. Das „Gewissen" und Herr Reventlow kennen nicht die deutsche kapitalistische Klasse. Nun, wir haben ihnen diesen sozialogischen Begriff konkretisiert. Kennen Sie seine Bestandteile, wollen Sie behaupten, daß es unwahr ist, daß in der Hand der genannten Führenden, zu denen man noch die führenden deutschen Banken zählen muß, die entscheidenden wirtschaftlichen Mittel sich befinden, ohne die Deutschland weder einen Waffenstillstand von Frankreich erkaufen kann noch gegen Frankreich den Krieg führen kann?

Das „Gewissen" und Graf Reventlow wie die gesamte deutschvölkische Presse erklären, daß sie gegen jene Elemente kämpfen wollen, die Deutschland ausbeuten, auspowern und auswuchern, die ihr Kapital vergrößern in der Zeit, wo die breitesten Massen des deutschen Volkes immer größere Not leiden, wo der deutsche Staat 2 Prozent seiner Ausgaben durch Steuern zu decken imstande

Hitler mobilisiert zum 2. September

Knilling droht — Die Faszistenbanden schließen Schutz- und Trutzbündnisse

Für das Alldeutschtum ist der 2. September immer eine willkommene Gelegenheit, die Volksinstinkte in seinem Interesse aufzupeitschen. Durch den französischen Chauvinismus und die Reparationspolitik ist die Möglichkeit für nationalistische Verhetzung und Bauernfängerei noch gesteigert worden. Die Vaterländischen Verbände Bayerns benutzen dies, um den diesjährigen Sedanstag zu einem großen deutschen Nationaltag zu machen. Sie benutzen alle ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel, um den Tag „deutschen Heldentruhms" ihren politischen Zwecken dienstbar zu machen. Berühmte Heerführer, leitende Staatsmänner und hervorragende Politiker sollen als Festdekoration verwendet werden. Fahnen und Standarten aus den glorreichen Zeiten werden von der Direktion des bayerischen Armeemuseums zur Verfügung gestellt. Bis jetzt liegen 50 000 Anmeldungen aus dem Reiche vor.

Ausgerechnet die bayerischen vaterländischen Vereinigungen sind es, die für die deutsche „Nation" einireten. Dieselben Leute, die dauernd gegen die Reichspolitik wettern und zu einer Loslösung Bayerns sofort bereit sind, wenn für sie ein Vorteil herauskommt! Was den bayerischen Nationalisten die „Einheit der deutschen Nation" ist, zeigt sich in der Haltung, die die Regierung Knilling zu der neuen Reichsregierung einnimmt. Nachdem Cuno, der die Faszisten in der Ordnungszelle Bayern schalten und walten ließ, wie sie wollten, durch den Massensturm der Arbeiter zum Teufel gejagt worden war, nahm das bayerische Kabinett sofort Stellung zur innerpolitischen Lage Deutschlands. Das Ergebnis der Beratungen ist eine Drohung Bayerns an das Reich, die sich in den Sätzen Knillings ausdrückt.

„Es darf in der Reichsregierung kein Zweifel darüber bestehen, daß das bayerische Staatsministerium in völliger Uebereinstimmung mit dem Willen des bayerischen Volkes nicht in der Lage ist, Kompromisse zu schließen und Zugeständnisse zu machen. Sollten nach früherem Muster Eingriffe in politischer Richtung versucht werden, so würde man in Bayern auf unbeugsamen Widerstand stoßen!"

Diese Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung zeigt, daß sie weiterhin sich keinen Deut um die nationale Einheitsfront kümmert. Ihr ist gleichgültig, wer das Staatsruder führt. Hauptsache ist ihr, daß die bayerischen Sonderrechte nicht angetastet werden. Sie droht der Reichsregierung mit Bildung eines Sonderstaates im Zusammenhang mit Oesterreich, wenn sie ihre angesagten Maßnahmen finanz- und wirtschaftspolitischer Art durchführt und auf Bayern ausdehnt.

Die Arbeiterschaft hat von der neuen Regierung bereits erfahren, daß sie harte Mittel gegen sie gebrauchen will. Blutbäder unter den vom Hunger in den Streik getriebenen Arbeitern waren in Zeitz, Hannover, Senftenberg und in vielen anderen Städten die ersten Taten der neuen Regierung. Harte Mittel droht der sozialdemokratische Innenminister Sollmann in seiner neuesten Rede der sächsischen Arbeiterschaft an, wenn es ihnen einfallen sollte, sich auskömmliche Löhne von den Unternehmern zu erzwingen. Herr Sollmann tat das alles offenbar, um sich das Vertrauen der Knilling, Hitler u. Ko. zu erwerben. Wäre es anders, dann hätte sein erstes Werk als sozialdemokratischer Reichsinnenminister sein müssen, in Bayern, dem Rattennest von faszistischen Organisationen, Ordnung zu schaffen. Aber Herr Sollmann will die riesengroße Gefahr, die aus Bayern droht, nicht sehen. Die Zeitungssprengung von Münster, die Arbeiterleichen von Zeitz und die neue Mordhetze der Rechtspresse, alles das bedeutet dem Sozialdemokraten Sollmann noch nichts, er will offen abwarten, bis neue Attentatsknallereien ihn und seine Ministerkollegen vor neue harte Tatsachen stellen, um sich dann, wenn's für einen sozialdemokratischen Minister keinen Ausweg mehr gibt, vielleicht den Faszisten zur Verfügung zu stellen.

Ein Blatt der eigenen Partei des Herrn Sollmann, „Die Münchner Post", druckt soeben einen ausführlichen **Mobilisierungsplan der Hitlerbanden** ab. Bis zu welchem Zeitpunkt man fertig sein will, geht klar daraus hervor, daß die einzelnen Verbände und Unterorganisationen durch den „Chef des Stabes" der Kampfverbände Bayerns aufgefordert werden, **bis zum 20. August** die Meldungen über Bestand ihrer Organisationsarbeiten einzureichen. Um bestehende Zersplitterungen zu überbrücken, werden die örtlichen Leitungen der Verbände aufgefordert, **örtliche Schutz- und Trutzbündnisse** zu schließen. Mit aller Deutlichkeit geht aus dem Rundschreiben hervor, daß Hitler die **Schlappe, die er am 1. Mai** durch den gemeinsamen Aufmarsch der Arbeiter in Bayern erlitt, jetzt schnellstens durch rücksichtsloses Auftreten bei dem beginnenden Aufmarsch wieder wettmachen will.

Wie zielbewußt die Hitlergarden auf ihre **nationale Diktatur gegen die Arbeiterklasse** hinarbeiten, geht deutlich aus den Mitteilungen hervor, die nach der „Münchener Post" Hitler seinen österreichischen Freunden zukommen ließ, als sie über die Beteiligung an den im Herbst stattfindenden Reichsratswahlen diskutiert. Hitler verlangt:

...„daß sie sich nicht an den Wahlen beteiligen sollen, da heute, wo Deutschland vor den schwersten Katastrophen stehe, die Kraft im Wahlkampfe nicht verzettelt werden dürfe. Es könne jetzt, daß eine nationale Diktatur des Parlamentarismus hinwegfege und da wäre es verfehlt, sich am Parlamentarismus zu beteiligen. Weit wichtiger sei es, alle Kraft an dem Ausbau der Ordnertruppen zu verwenden."

Die nationale Diktatur, das wird der Zweck des Aufmarsches der Nationalsozialisten im Süden und der Deutschvölkischen im Norden sein. Die Kämpfe der Kapptage haben den Arbeitern und Angestellten einen **verflucht blutigen Vorgeschmack dieser nationalen Diktatur** gegeben. Die Arbeiterschaft will sich nicht wieder — wie damals — überrumpeln lassen, um dann mit ihrem Blute, mit tausenden Proletarierleichen die Riesenzache für die katastrophalen Versäumnisse der jämmerlichen Republikaner von heute zu bezahlen. **In allen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten,** in den Parteien, Gewerkschaften und Betriebsratsorganisationen muß **sofort die Frage aufgeworfen werden,** was gegenüber dem neuen Faszistenaufmarsch durch diese Organisationen geschehen soll. In allen Betrieben muß die proletarische Einheitsfront zum Kampf gegen nationalistische Hetze und Diktaturgelüste aufgerichtet werden. Vor den Massen der Arbeiter und Angestellten werden die nationalistischen Maulhelden an „ihrem" 2. September bleich und schlotternd in die Mauselöcher kriechen.

Darum, Arbeiter, rüstet zur Massenabwehr!

Einheitsfront gegen den Parlamentarismus

(Eig. Drahtm.) München, 21. August.

Der „Miesbacher Anzeiger" stellt mit Genugtuung fest, daß nunmehr auch der Bund „Bayern und Reich", die militärische Organisation der Bayrischen Volkspartei, in die allgemeine Einheitsfront gegen den Parlamentarismus eingereiht sei. Das Blatt kündet an, daß noch in dieser Woche die Faszisten aller Richtungen der Regierung Knilling, zu der sie ausgeblich kein Vertrauen mehr haben, mit neuen Forderungen kommen würden. In Wirklichkeit erfahren die Bestrebungen der bayrischen Faszisten natürlich von der bayrischen Regierung direkte und indirekte Unterstützung.

Hindenburg, Kahr, Rupprecht & Co.

München, 20. August.

Der Popanz aller Monarchisten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, kam in München an und wurde von dem Regierungspräsidenten v. Kahr, dem Polizeipräsidenten Mantel und dem Vorsitzenden der Vereinigung vaterländischer Verbände Bayerns, Professor H. Bauer, empfangen. Der Führer einer Abteilung Landespolizei, die die Absperrung übernommen hatte, meldete sich militärisch bei dem Feldmarschall. Darauf fand bei Herrn v. Kahr ein Tee statt, bei dem Hindenburg nach den „M. N. N." eine Reihe ihm bekannter Herren getroffen haben soll. Später hatte Herr v. Kahr den Exkronprinzen Rupprecht, der zur „Begrüßung" Hindenburgs nach München gekommen war, mit Hindenburg zusammen zu einem „Frühstück" geladen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230822-14/fragment/page=0001

ist. Nun möge doch Graf Reventlow, möge doch die Gruppe des „Gewissens" sich auseinandersetzen mit der Broschüre meines Freundes Eugen Pawlowski: „Deutschland, eine Kolonie", Berlin 1923, und seinem Artikel über die Wirtschaftsbilanz des Ruhrkampfes. Sie finden dort Seite für Seite dargestellt den Mechanismus, mittels dessen die deutschen Junker und die deutschen Industriellen die breitesten Massen des Mittelstandes expropriieren, wie sie einmals von der Diktatur des Proletariats in Rußland expropriiert wurden. Sie werden dort die Zahlen darüber finden, wie die deutschen Junker und die deutschen Kapitalisten die deutschen Finanzen ruiniert haben, wie sie Deutschland hineingetrieben haben in die Situation, in der der französische Imperialismus das Ruhrgebiet besetzen konnte mit einem Anschein des Rechts. Sie finden dort das Bild, wie die Industriellen den Lebenskampf Deutschlands um die Ruhr in einen Beutefeldzug verwandelt haben. Wenn angesichts dessen Möller van den Bruck in dem „Gewissen" erklärt, daß deutsche nationalfühlende Jünglinge beim Ausbruch des Ruhrkrieges zu ihm gekommen sind und erklärt haben: Ja, wenn der Opfersinn der Kapitalisten in dem Ruhrkriege versagt, dann wollen sie zur KPD. gehen, und wenn Möller van den Bruck jetzt erklärt, daß die deutschen Kapitalisten sich im Ruhrkriege bewährt haben, so weiß man nicht, ob man weinen oder lachen soll. Ich kenne Herrn Möller van den Bruck nicht persönlich und habe kein Recht eines persönlichen Urteils über ihn. Nachdem ich seine Ausführungen gelesen habe, konnte ich mir nur eins sagen: Nur die Unwissenheit eines Literaten in national-ökonomischen Fragen erklärt einen solchen Satz, falls man nicht annehmen will — wozu ich keine Ursache habe —, daß Herr Möller van den Bruck ein bewußter Klopffechter von Leuten ist, die Milliarden verdienen an der Not der Ruhr. Jawohl, Herr Krupp von Bohlen sitzt im Gefängnis. Denn was soll er tun, wenn er eingesperrt worden ist? Aber die Firma Krupp hat Milliarden vom bettelarmen Deutschen Reiche genommen in dem Moment, wo man den Dollar für 20, 30, 40 000 Mark bekommen konnte. Sie kaufte die Dollars ein und wenn sie das Geld zurückzahlt, dann zahlt sie es dann ab, wenn man für einen Dollar hundert Millionen deutscher Mark kauft, und so haben sie alle getan, die kapitalistischen Patrioten.

Es ist lächerlich, darüber sich ethisch zu entrüsten. Das Kapital ist dazu da, um Profitabzuwerfen, nicht, um Nationen zu retten. Das Kapital ist international und der Profit ist seine Seele. Die Herren vom „Gewissen" und der Graf Reventlow sollen nicht eine Diskussion über Theorien beginnen. Wir haben keine Ursache, ihnen aus dem Wege zu gehen. Aber die Diskussion über Theorien ist jetzt nicht das wichtigste. Das wichtigste ist jetzt die Diskussion über Tatsachen. Ist es so oder ist es nicht so? Daß, während die Arbeiterklasse und der Mittelstand sich mit jedem Tage mehr dem Abgrunde nähern, die größten deutschen Fabrikanten, Bankiers und Junker das Eigentum des deutschen Volkes zusammenraffen, daß sie dem Staate jedes Opfer versagen? **Darauf fordern wir eine klare Antwort!** Und nicht in allgemeinen Redensarten, sondern in der Wiederlegung Seite für Seite der Aufstellungen, die Pawlowski in seinen Arbeiten macht. Wenn das „Gewissen" die deutschen führenden Kapitalisten starke Persönlichkeiten mit Initiative, große wirtschaftliche Organisatoren nennt, so hat es zweifellos recht. Nur sind sie Organisatoren der wirtschaftlichen Plünderungen des deutschen Volkes. Und es ist lächerlich anzunehmen, daß sie ihre Interessen dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft opfern werden. Je höher man sie einschätzt, desto größer muß man die Gefahr einschätzen, die sie darstellen. **Und desto mehr muß man gegen sie rüsten.** Und eben die Einsicht in diese Gefahr bildet einen Grund, warum es die KPD. für ihre Pflicht hält, an die breitesten Massen des Kleinbürgertums zu appellieren, sie aufzufordern zum Bündnis auf Leben und Tod gegen das am Leibe des deutschen Volkes wuchernde Kapital. Nicht um von den Führern der deutschen Nationalisten ein Bekenntnis zu Theorien herauszupressen, sondern um den kleinbürgerlichen Massen zu zeigen, worum es sich handelt in dem Kampfe, der ihnen bevorsteht. Setzen wir uns auseinander über die Frage der Klassenunterschiede in Deutschland. Wenn die kleinbürgerlichen Massen nicht verstehen werden, daß zum Kampfe gegen das Elend, die Not, den Zerfall Deutschlands, das Joch des ausländischen Kapitalismus der Kampf gegen die deutschen Bankiers, Fabrikanten, Großkaufleute und Junker notwendig ist, dann ist das Kleinbürgertum nicht imstande zu kämpfen, weder gegen die eigene Not, noch gegen die Gefahren, die der deutschen Nation drohen.

Wir werden im dritten Artikel die außenpolitischen Fragen behandeln, über die das „Gewissen" und Graf Reventlow uns interpellieren. Hier fragen wir nur eines: Welchen Sinn hat die Diskussion über den Kampf gegen die Entente oder über einen Waffenstillstand mit ihr, wenn in beiden Fällen die Nation weder über die Mittel des Kampfes noch über die Mittel verfügt, die notwendig sind, um eine Atempause zur Organisierung des deutschen Volkes zum weiteren Kampfe zu erlangen? Wenn das „Gewissen" und Graf Reventlow diese Mittel in den Händen des Kapitals belassen wollen, so brauchen sie sich keine Sorgen zu machen über die auswärtige Politik des deutschen Volkes: sie bleibt in den Händen der Herren Stinnes, Krupp, Melchior oder wie sie heißen, um schon nicht die gewöhnlichen Ausgeier, die Litwin und Bosel zu nennen.

Der Hochverrat der Industrie

Krupp — de Wendel

(Eig. Bericht.) **Paris, 20. August.**

Der französische Großindustrielle de Wendel hat in der französischen Presse seine Verbindungen mit Krupp natürlich ebenso abgeleugnet, wie es die deutschen Großindustriellen versuchten, in leidenschaftlichen „Dementis" diese Tatsache aus der Welt zu schaffen. Der Berliner Korrespondent der „Humanité" beantwortet diese Ableugnungsversuche und veröffentlicht neues, erdrückendes Beweismaterial über die Geheimvereinbarungen der deutschen **und französischen Großindustriellen.** Er weist darauf hin, daß die gesamte, nicht direkt von den Kapitalistengruppen abhängige Presse in England und Frankreich diese Tatsachen schon einige Wochen vorher meldete, ohne dementiert zu werden. Das englische Arbeiterblatt „Daily Herald", sowie die Moskauer „Iswestia" erfahren von ihren Berliner Korrespondenten denselben Vertrag aus ganz anderen Quellen, aber mit dem Material der „Humanité" übereinstimmend. Die deutsche Presse hat die von der kommunistischen Presse wochenlang wiederholten Enthüllungen nicht dementiert. Alle neuen Tatsachen der Besetzung beweisen das Bestehen der Geheimvereinbarungen zwischen Krupp und de Wendel.

Die neue Poincaré-Note

Paris, 21. August.

Der „Temps" faßt den Inhalt der heute an England überreichten Note zusammen. Die Gesamtschuld Deutschlands soll sich auf etwa 50 Milliarden Goldmark beziffern, da Frankreich 26, Belgien 5 und England 14,2 Milliarden fordern. Die amerikanischen Forderungen an Frankreich sind in dieser Ziffer nicht inbegriffen. Als Garantien der Zahlungen sollen Eisenbahnen, Kohlengruben, Goldzölle und Exportdevisen dienen. Eventuell käme auch die Verpfändung der gesamten Reichsbahn in Frage. Frankreich hoffe, eine Fortsetzung der Verhandlungen mit England zu ermöglichen.

Die belgische Antwort wird dem Sinn nach den französischen Standpunkt unterstützen.

*

Die englisch-französische Diskussion dreht sich keineswegs darum, ob Deutschland mehr oder weniger ausgebeutet werden soll. Darüber sind sich beide längst einig. Es ist ein Kampf Englands gegen den französischen Kontinentalimperialismus. Die vorläufige Form dieses Kampfes ist der Streit um die Schuldforderungen Englands. Die Drohung Poincarés, jede englische Forderung an Frankreich von Deutschland eintreiben zu wollen, ist die Drohung, sich gegen jeden englischen Vorstoß auf dem Kontinent schadlos zu halten. Das kapitalistische Deutschland ist ein Objekt dieses Wettschachers, ohne eigenen Willen, ohne eigene Initiative, mit Ausnahme der — Kapitulation vor dem geeinigten englisch-französischen Imperialismus.

Streik und passive Resistenz im Ruhrgebiet

(Eigene Drahtmeldung)

Düsseldorf, 21. August.

Die unverschämten Lohnangebote der Grubenbarone und Metallindustriellen, welche bekanntlich einstimmig abgelehnt worden sind, haben eine ungeheure Empörung ausgelöst. Die Arbeiter beantworteten diese offensichtliche Provokation sofort überall, wie es sich gebührt. Im Essener Revier traten sämtliche Zechen in die verschärfte passive Resistenz ein. Im Hammer Revier traten fünf Zechen in den Streik, die übrigen in passive Resistenz. Am Samstag traten die Bauarbeiter in den Streik. Im Duisburger Revier wurde die passive Resistenz verschärft. Seit Montag sind im verschärften Maße Aussperrungen erfolgt. Eingesetzt hat dies bei den Düsseldorfer Lokalbetrieben. Im Essener Revier sind fast sämtliche Zechenarbeiter ausgesperrt worden. In Werden sind die Textilarbeiter heute ebenfalls ausgesperrt worden. In Wielden sind zahlreiche Metallbetriebe stillgelegt. Im Essener Bezirk sind bereits 200 000 Mann ausgesperrt. Die Arbeiter haben sich teilweise den Eintritt in die Zechen erzwungen. Die passive Resistenz geht weiter.

Franzosen verhaften kommunistische Redakteure

(Eig. Drahtm.), Düsseldorf, 21. August.

Heute wurden die Genossen Rudert, Redakteur der „Freiheit", und Kloht, Redakteur der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung", auf offener Straße von drei französischen Kriminalbeamten verhaftet. Genosse Kloht wurde nach siebenstündiger Haft wieder freigelassen. Genosse Rudert wurde im Auto ins Gefängnis abtransportiert. Grund der Verhaftung soll ein Artikel und eine Rede des Genossen Rudert sein, in denen der französische Imperialismus geschildert wurde.

Sollmanns Politik

Harte Mittel gegen Arbeiter — Kosewort für die Faszisten

Herr Sollmann scheint gesonnen zu sein, den Redebedarf der Regierung Stresemann allein zu decken. Kein Tag vergeht ohne eine Sollmannsche Rede.

Seine neueste Tat ist eine Kampfansage an die sächsische Arbeiterschaft.

Er wühlte die ganze bürgerliche Hetze von den angeblichen „Ausschreitungen" und „Unruhen" in Sachen wieder auf. Diese „Ausschreitungen" haben bekanntlich darin bestanden, daß die Arbeiter die Unternehmer veranlaßt haben, Löhne zu zahlen, und die Wucherer, mit ihren Vorräten herauszurücken. Das kann Herr Sollmann nicht vertragen. Er droht: „Gegen Knüppelgarden helfen nur harte Mittel", „Einsatz der vollen Staatsgewalt", — so will er die Arbeiter traktieren. So hat kein Minister Cunos es gewagt, gegen die sächsischen Arbeiter zu hetzen, wie dieser Sozialdemokrat Sollmann. Die Große Koalition führt sich gut ein.

Die Arbeiter müssen sich besonders merken, was Herr Sollmann über die Regierung Zeigner sagt. Zeigner habe Stresemann den Willen gezeigt, „gegen ungesetzliche Handlungen Unverantwortlicher" vorzugehen. Die letzten Kundgebungen der Regierung Zeigner beweisen denn auch, daß sie vor der Großen Koalition zusammengeklappt ist und deren Politik macht. Die sächsischen Arbeiter werden daraus ihre Folgerungen ziehen müssen.

Derselbe Herr Sollmann, der so kräftige Töne gegen die sächsischen Arbeiter findet, wird zu eitel Zucker und Honig, wenn er auf Bayern zu sprechen kommt. Er versichert den bayrischen Faszisten, daß er nichts unternehmen werde, was ihnen irgendwie unangenehm sei.

Liebäugeln mit den Faszisten, Drohungen gegen die Arbeiter, so sieht die Politik der Großen Koalition aus.

Die Arbeiterschaft Deutschlands wird sich wie ein Mann hinter ihre sächsischen Brüder stellen und jeden Anschlag auf sie abwehren, auch wenn die schwankenden Gestalten in der sozialdemokratischen Regierung Sachsens ihnen in den Rücken fallen.

Die Salzburger Faszistenparade

(EB.) **Wien, 20. August.**

Auf dem in Salzburg abgehaltenen Faszistenkongreß waren 2000 Delegierte aus Oesterreich, Deutschland und Deutschböhmen anwesend. Die militärische Parade wurde von Hitler organisiert, der aus München an der Spitze des „Oberlandkorps ankam. Hitlers Adjutant, Esser, kündete die Faszistendiktatur in Deutschland für 1924 an.

Die Große Koalition im sozialdemokratischen Urteil

In einem Artikel im Zwickauer „Sächsischen Volksblatt" schreibt Paul Levi:

„Energische Durchführung der beschlossenen Finanzmaßnahmen: Das kennen wir. Wären die bestehenden Steuergesetze durchgeführt worden, so hätte es keiner neuen und vielleicht keiner Ruhrkrise bedurft, um neue zu schaffen. Es sind Koalitionsregierungen, unter denen die besten Steuergesetze sabotiert wurden. Währungsreform. Es war unter Koalitionsregierungen, unter denen die Mark vor die Hunde ging . . .

. . . Wenn die Massen in Unruhe bleiben, will die Sozialdemokratie von neuem wie 1919 „Ordnung" stiften? Soll ein Regiment Noske, das unsellige, unter anderem Namen, neu beginnen? . . . ."

So sieht die Große Koalition in einem sozialdemokratischen Spiegel aus.

Warum die Sozialdemokraten Geßler geschluckt haben

Warum haben die Sozialdemokraten Geßler geschluckt, von dem sie genau wissen, woran sie sind?

Darüber ist die „Rote Fahne" in der Lage, Aufschlüsse zu geben, die besonders für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei von Interesse sind.

Von einer bestimmten sozialdemokratischen Seite wurde bei Ebert der Rücktritt Geßlers kategorisch gefordert.

Ebert erklärte nach unserem Gewährsmann: Wenn Geßler zurücktritt, trete ich ebenfalls zurück. Also nicht die bürgerlichen Parteien, sondern der Sozialdemokrat Ebert war in letzter Instanz dafür ausschlaggebend, daß Seeckts politischer Adjutant von den Sozialdemokraten geschluckt wurde, trotzdem sie wissen, daß die ungeheure Mehrheit der Parteimitglieder seinen Rücktritt fordert.

Generalstreik in Griechenland

Paris, 20. August.

In Athen und einigen Provinzstädten ist nach hier eingeloffenen Meldungen der Generalstreik ausgebrochen. Ein außerordentliches Kriegsgericht wurde eingesetzt, dem alle Streikführer, die Veranlassung zu Ausschreitungen geben, vorgeführt werden.

TU. Athen, 21. August.

Der Generalstreik geht weiter, es macht sich ein lebhaftes Umsichgreifen der kommunistischen Bewegung im Lande bemerkbar. Die Schiffsfunker haben sich sämtlicher Kraftstationen an Land bemächtigt. Trotz des energischen Zugreifens der Regierung befürchtet man doch, daß sie sich auflösen müssen wird.

WTB. Paris, 21. August.

Gestern früh ist in Athen ein Solidaritätsgeneralstreik der Verkehrsarbeiter zu Wasser und zu Lande ausgebrochen. Der gesamte Verkehr ist unterbrochen. Die Regierung hat durch ein Dekret die Auflösung aller Arbeitervereinigungen und die Beschlagnahme ihrer Archive angeordnet.

Die sozialistisch-faszistische Blutherrschaft in Bulgarien

(Eig. Drahtb.) **Wien, 22. August.**

Der wegen „Aufstandes" angeklagte Bürgermeister von Warna, Andreef, wurde zu vierzehn Jahren, der Präfekt Daskaloff, zu zehn Jahren Kerker verurteilt.

Der sozialdemokratische Verkehrsminister, Kasassoff, unterstützt nicht nur die Verfolgungen gegen Kommunisten, sondern leitet diese Verfolgungen auch selbst ein, indem er kommunistisch gesinnte Eisenbahner entlässt und sie durch „verläßliche" Elemente ersetzt.

Die Kommunistische Partei Bulgariens ruft neuerlich alle Werktätigen, ohne Unterschied der Parteien, zum Kampfe gegen die Reaktion auf und fordert insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter auf, ihre Führer zum Kampfe gegen den Faszismus zu zwingen. Tatsächlich macht sich unter den wenigen Arbeitern, die noch der Sozialdemokratie folgen, eine steigende Opposition gegen die Politik ihrer Partei bemerkbar.

Stinnes und Cuno in London. Der „Matin" berichtet erneut über die bereits vor einigen Tagen angekündigte Reise Cunos, der im Laufe der Woche in London erwartet werde. Ferner erwartet man in London auch den Besuch Stinnes', der, wie man zu wissen glaubt, ein ständiges Privatbureau in London einrichten will.

Die vier Kartenkönige der BSPD.

Neue Besen kehren gut. Die vier neuen sozialdemokratischen Reichsminister kehren miserabel. Ganz wie in der bürgerlichen Schmokpresse der verschiedenen Genres von den „Sallschen Nachrichten" bis zur deutschvölkischen „Halleschen Zeitung" Preisfragen gestellt werden und „Aussprüche großer Männer" ihrem Publiko kund und zu wissen getan werden, sei es über die Mode der langen Röcke, sei es über die Not des teutschen Vaterlandes, genau so äußern sich im Zentralorgan der regierungsfähigen Sozialdemokratie die Herren Minister. Wir sind unseren Lesern schuldig, die wessen Aussprüche dieser Männer wenigstens dem Sinne nach wiederzugeben.

Als erster tritt an der Vizekanzler Robert Schmidt, Professor der Holzwissenschaft und Minister für Wiederaufbau der Trusts und Konzerne. Er stellt fest, daß das Kartenhaus der deutschen Wirtschaft (lies „Sozialisierung marschiert" — „Stinnes ist schon dal!") zusammengebrochen ist. Hieraus zieht er den Schluß, daß der Mensch sogar in Deutschland fette Kartoffeln und Brotgetreide essen muß. Weil das der Fall ist, derhalb muß eine Goldanleihe da sein, indem dann der Mensch, der fette Kartoffeln und Brotgetreide essen möchte, aber nicht kann, weil er nicht weiß, wonon er sie sich kaufen soll, wenigstens wieder wertbeständig sparen kann. Wenn Stinnes, der das wertbeständige Sparen schon gelernt hat (aber sich nicht nur von fetten Kartoffeln und Brotgetreide nährt), nicht freiwillig „größere Beträge an Devisen" herausgeben wird, dann wird die Regierung — Stinnes, wie wird Die? — „zu anderen Maßnahmen greifen". Außerdem muß „der Weg der Steuerreform beschritten werden". Paulchen Hertz kräht in jeder Versammlung, daß er schon beschritten sei. Irgend etwas scheint da nicht zu stimmen. Unser Kartenkönig Robert Schmidt verschert aber, daß die Stellung des Kabinetts nur dann „haltbar" sein wird, wenn es durch seine „Taten" Vertrauen erwecken wird. Die ersten Taten sind auch vertrauenserweckend: eine Reihe von Morden in den verschiedensten Städten, das Versprechen, daß Lebensmittel schon da sind, eine neu einsetzende Preissteigerung auf allen Gebieten, Heraufschraubung der Eisenbahntarife auf das zehnfache und eine Kohlenpreiserhöhung, bei deren Ankündigung sogar der reaktionäre Berliner Bürgermeister Boeß und die Stinnesblätter vom Schlage der „Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland" auftreischen: das gibt wieder Unruhe und Revolution. Wir können der Furcht nicht widerstehen, daß Karokönig Robert Schmidt sehr bald in jenen Teil des Kartenspiels gelegt werden wird, den man den Ausschuß nennt.

Als nächster meldet sich der Innenminister Sollmann, von Beruf Trompeter für den nationalen Dreiklang. Dieser beginnt es zu sagen philosophisch: „Der hungrige Magen ist ein schlechter Berater und die Verzweiflung findet nie einen Ausweg." Herr Sollmann hat zwar das Deutschland-Lied blasen gelernt, aber von Geschichte hat er keine Ahnung. Die Verzweiflung hat eines schönen Tags Ludwig dem Sechzehnten das Köpfchen vor die Füße gelegt, und in Rußland die Bourgeoisie nebst ihren Soll- und Scheidemännern zum Teufel gejagt. Das war, unter uns gesagt, ein ziemlich radikaler Ausweg. Herr Sollmann ist anderer Meinung und deshalb redet er den Landwirten zu, sie sollen doch „vernünftiger" sein. Vernunft ist eine gute Eigenschaft, die Großagrarier ziehen faszistische Maschinengewehre vor. Herr Sollmann hat mit der Schärfe des Geistes, die ihm auszeichnet, festgestellt, daß viele Unternehmer ungenügendes Verständnis für die Notlage des Proletariats „haben". Aus dieser tiefsinnigen Feststellung zieht er den Schluß, daß man keine Streiks führen darf, weil ja dadurch die Betriebe ruiniert werden. Wir empfehlen Herrn Sollmann, zu seinen bisherigen Trompetenarien auch noch das Halenkreuzlied zu lernen, denn seine Sprache ist die Sprache der deutschvölkischen „Halleschen Zeitung" und des in Berlin erscheinenden, jetzt aber von seinem Kollegen Severing verbotenen Mulle-Blattes. Und der Reichsinnenminister kündigt auch Kampf gegen die Kommunisten an, und zwar mit der Handgranate: „Wer des Staates Waffe führt, muß bereit sein, für die Republik zu sterben." Für die Republik werden zwar die Reichswehrsoldaten nicht sterben, aber für die Kassenschränke der Ausbeuter werden sie ein gesetzt werden. Nur soll Herr Sollmann nicht den Hans Maimus spielen; sein Ausspruch: „Alle Organe des Staates haben allein der Republik zu dienen", ist selbst für einen gehauten Kreuzkönig etwas starker Tabak. Wen versteht er unter diesen Organen? Herrn Geßler, Herrn Seeckt oder einfach den Stahlhelm? Zum Schluß erzählt unser Herr Minister, daß die „Massen im Lande" der — Sozialdemokratie „trotz allem Treue bewahren" müssen. Unser Trompeter irrt sich: er kann den Massen, die aus der Sozialdemokratie herauslaufen, das wehmütige Lied nachtrompeten: Behüt' Dich Gott, es wär' so schön gewesen.

Als dritter meldet sich zu Wort Herr Professor Gustav Radbruch, der die Justiz so gut kennt, daß er darüber die Amnestie vergessen hat. Dieser stellt fest, daß niemand bezweifelt hat, daß nämlich das Strafrecht geändert werden muß. Nach dieser Feststellung stellt er weiter fest, daß die „Mühlen der Justizgesetzgebung" langsam mahlen. Uns scheint, daß beim Herrn Radbruch nur gedrehte Steine herausgemahlen wird. Er wird schon die Justiz in Deutschland so gut bereuen, daß man ihn nicht mehr für einen Pittkönig, sondern lediglich für einen schwarzen Peter halten wird.

Und der vierte, unser prächtiger, herziger Herr Dr. Hilferding! Der Mann mit den Finanzreformen, der Töter des Finanzkapitals, der Marxist mit dem radikalen Herzen? Herr Hilferding fast sich kurz. Er verweist auf die gesammelte Makulatur, die in letzter Zeit unter seinem Namen erschienen ist. Wir nehmen das Vorhandene gern zur Kenntnis, obwar wir unhöflicherweise nicht umhin können zu bemerken, daß die künftigen gesammelten Werke Hilferdings, die zunächst vorgesehenen 46 Billionen pro Tag, ebenfalls nur Makulatur sind.

Wir empfehlen allen sozialdemokratischen Arbeitern, die Kundgebungen ihrer Minister aufmerksam zu studieren. Wäre das Geld heute nicht wertlos, wir würden einen Preis von 6 Milliarden aussetzen für denjenigen, der in dem ganzen Stumpfsinn auch nur einen Gedanken findet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230822-14/fragment/page=0002

Die Reichsgewerkschaftskonferenz der KPD.

Am Sonnabend, dem 4. August, tagte in Berlin eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaftssekretäre und verantwortlich leitenden Genossen des Reiches gemeinsam mit der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale, die sich in erster Linie beschäftigte mit den Beschlüssen des erweiterten Vollzugsrates der RGI. im Juli d. J.

Ueber die Lage in den deutschen Gewerkschaften und unsere weiteren Aufgaben, insbesondere auf Grund der Beschlüsse der RGI., referierte Genosse Heckert, über unsere Organisation Genosse Schoenbeck.

In einem eingehenden Referat schilderte Heckert die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Zusammenbruch des preußischen Militarismus 1918, schilderte den Auftrieb des Reformismus und seinen unaufhaltbaren Zerfall. Die Amsterdamer Internationale, deren meisten Führer stets auf seiten der nationalen Bourgeoisie stehen, hat die Arbeiterschaft vor der gerade jetzt mit Deutlichkeit zutage tretenden Verelendung nicht schützen können.

Wie der ADGB. und die reformistischen Führer täglich und stündlich das Vertrauen breitester Mitgliedermassen in den Gewerkschaften verlieren, so ist das Vertrauen zur kommunistischen Führung gestiegen. Die großen gewaltigen Kämpfe der letzten Monate zeigen, daß die Arbeitermassen mit den Reformisten brechen und sich unserer Führung anvertrauen. Leider ist den Aufgaben, die uns die Situation stellt, unser organisatorischer Apparat nicht gewachsen, um die uns in Fülle entgegenströmenden Sympathien zu angewandter Kampfkraft umzuwerten. Hier gilt es, unverzüglich alle Mängel zu beseitigen, das, was in zwei Jahren schwacher Fraktionsarbeit geleistet wurde, nunmehr mit aller Kraft durchzuführen.

Besonderes Gewicht legte Genosse Heckert auf die in zweieinhalbjähriger Tätigkeit gemachten Erfahrungen. Da ist die erste: **Jede Spaltung der Gewerkschaften ist von ungeheurem Schaden für die gesamte Arbeiterschaft.** Jeder Austritt aus den Gewerkschaften wirkt sich aus zum Vorteil des Kapitalismus und der das Kapital stützenden reformistischen Bureaukratie. **Jeder Austritt aus den Gewerkschaften ist Desertion, Fahnenflucht.** Viele Arbeiter, die berechtigterweise das Vertrauen zur reformistischen Führung verloren haben, begreifen noch nicht, daß sie die Gewerkschaften sind und **daß sie ihre Organisation,** unter so ungeheuren Opfern aufgebaut, **zum Organ ihres Kampfes gegen Reformismus und gegen Kapitalismus machen müssen.** Unsere Gewerkschaftstaktik, das hat die zweijährige Entwicklung mit aller Evidenz bewiesen, war die einzig mögliche und richtige. Es gilt, dies allen Arbeitern, vor allem **aber unseren eigenen Genossen,** zum Bewußtsein zu bringen, da selbst in unseren eigenen Reihen noch Genossen mit dem Gedanken der Spaltung oder des Austritts und des Davonlaufens aus den Gewerkschaften spielen. **Dieser größte Schaden unserer Gewerkschaftsarbeit muß unverzüglich beseitigt werden.**

Die Sitzung des Vollzugsrats der RGI. hat unsere Arbeit anerkannt und noch einmal für alle Arbeiter und Parteigenossen ihre Beschlüsse in Anrufe: „Hinein in die Gewerkschaften!" niedergelegt.

Der Antrag der Union, auf Verschmelzung der ausgeschlossenen kleinen Organisationen **mit der Union ist vom Vollzugsrat mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden.** Nach wie vor ist es Aufgabe **aller** Ausgeschlossenen, den Kampf um die **Wiedervereinigungen** mit allen Mitteln zu führen.

Will das Proletariat den Kampf um die Erhaltung seiner Existenz mit Erfolg bis zur Niederschlagung des Kapitalismus und aller seiner Helfershelfer, Reformismus und Faszismus führen, **so ist die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen und die Herstellung der Einheitsfront eine unerläßliche Voraussetzung.**

Dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Heckert folgte ein instruktives des Genossen Schoenbeck über die zweckmäßigere Durchorganisierung unserer Fraktionsarbeit. An einer Fülle von Beispielen wurde gezeigt, wie Schwächen und Mängel schnell zu überwinden sind. Eine Summe von Erfahrungen der einzelnen Bezirke und Genossen wurde ausgetauscht, die nunmehr von den verantwortlichen Genossen in ihrer weiteren Tätigkeit berücksichtigt werden müssen. Die Konferenz nahm einstimmig folgende Resolutionen an:

I.

Die am 4. August 1923 in gemeinsamer Sitzung versammelten Mitglieder der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale der KPD. und aller Gewerkschaftssekretäre des Reiches begrüßen die Beschlüsse des Vollzugsrats der RGI., die bei gewissenhafter Durchführung die Gewähr bieten, die revolutionäre Entwicklung in den deutschen Gewerkschaften zu fördern und zu beschleunigen. Die versammelten Sekretäre und Mitglieder der Gewerkschaftsabteilung der Kommunistischen Partei, verpflichten sich, nach den von der Roten Gewerkschafts-Internationale beschlossenen Richtlinien ihre Arbeiten fortzusetzen. Sie ersuchen den Zentralausschuß der Partei, auch seinerseits zu den für die internationale Gewerkschaftsarbeit wichtigen und entscheidenden Beschlüssen seine Zustimmung zu erteilen und die gesamten Parteiorganisationen zu verpflichten, den gefaßten Beschlüssen gemäß die Revolutionierungsarbeit unter den Massen der deutschen Gewerkschaftsmitglieder verstärkt weiterzuführen.

Um jede Mißdeutung der Beschlüsse der RGI. und der Parteibeschlüsse zu verhindern, ersucht die Gewerkschaftsabteilung der KPD. und die leitenden Funktionäre des Reiches den Parteiausschuß, zu beschließen:

daß solche Parteimitglieder, welche den Beschlüssen der Internationale zuwiderhandeln, zur Rechenschaft gezogen werden. Insbesondere sind solche Mitglieder der Partei, welche ohne Genehmigung der bezirklichen und zentralen Parteileitungen freiwillig aus den Gewerkschaften austreten, um sich ihrer revolutionären Pflicht zur Mitarbeit in den Gewerkschaften zu entziehen, aus der Partei auszuschließen.

Die unter dem Eindruck des vollständigen Zusammenbruchs der reformistischen Taktik sich von den Genossenschaftsführern abwendenden parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitermassen müssen unbedingt in den Gewerkschaften gehalten und in die Oppositionsbewegung eingereiht werden. Es muß vermieden werden, daß solche Arbeiter in einem Anflug von mißgeleitetem Radikalismus in die selbständigen revolutionären Verbände eintreten. Dies würde dazu führen, daß die Machtposition der reformistischen Führer in den alten Verbänden nicht schneller zerstört, sondern noch länger aufrechterhalten wird.

Die in der Konferenz anwesenden Genossen geloben, mit ihrer ganzen Kraft an der Erfüllung ihrer übernommenen Verpflichtungen bei der Durchführung der Beschlüsse der Partei und der Roten Gewerkschafts-Internationale zu helfen und der revolutionären Bewegung zu dienen.

II.

Die am 4. August 1923 in gemeinsamer Sitzung mit der Gewerkschaftsabteilung der KPD. versammelten Gewerkschaftssekretäre und leitenden Funktionäre des Reiches erklären ihre Zustimmung zu den organisatorischen Vorschlägen der Gewerkschaftsabteilung. Sie begrüßen die von der Zentrale durchgeführte Registrierung aller Parteimitglieder nach ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit und versprechen, die noch vorhandenen Lücken und Mängel in den Bezirken und Ortsgruppen allerschnellstens beseitigen zu helfen. Sie werden der Fraktionsbildung in den Gewerkschaften und der Zusammenfassung der Opposition, wie auch der Schaffung von Roten Kartellen in allen Orten in erhöhtem Maße ihre Tätigkeit und Aufmerksamkeit widmen, werden dafür sorgen, daß die Verbindungen zwischen den Bezirksleitungen und der Zentrale einerseits und zwischen den Bezirksleitungen und den Fraktionen andererseits wie auch eine systematische Berichterstattung von Fraktion zu Bezirksleitung und Zentrale besser durchgeführt wird.

Gleichzeitig erklären alle Genossen ihre Zustimmung zu den Vorschlägen der Zentrale, Abteilung Gewerkschaften, bezüglich der Kassierung, dem Betrieb und der Verteilung der gewerkschaftlichen Kampffondsbeiträge und verpflichten sich, auch diese im Interesse unserer Arbeit in den Gewerkschaften notwendigen und unerläßlich finanziellen und organisatorischen Maßnahmen in den Bezirken und Ortsgruppen allerschnellstens zur Durchführung zu bringen.

*

Die Resolutionen wurden dem Zentralausschuß der Partei, der am 5. und 6. August in Berlin versammelt war, unterbreitet. Sie wurden von der höchsten Instanz der Partei einstimmig angenommen, sind somit Parteibeschluß geworden.

Die VSPD. und der Generalstreik

Keine Bewegung war je berechtigter ... — Der Streik von Moskau befohlen ...

Wir haben bereits in den letzten Tagen das hallische „Volksblatt" wiederholt anprangern müssen, weil es in einer Art und Weise Kommunistenhetze betreibt, wie sie schlimmer selbst von bürgerlichen Zeitungen nicht betrieben wird oder jemals betrieben worden ist. Da muß sich die deutsch-völkische Hetzpresse vom Schlage der „Allgemeinen Ztg." denn doch verstecken. Fragt man sich aber, warum diese Hetze, so findet man auch die Gründe dazu. Die letzte Streikbewegung, die so spontan aus den Arbeitermassen heraus entsprang, hat der VSPD., die gerade in diesen Tagen der Arbeiterschaft ihr wahres Gesicht zeigte, einen gar mächtigen Stoß zugefügt. Fluchtartig verlassen die VSPD.-Arbeiter ihre Partei, von der sie vergeblich gehofft hatten, daß sie in entscheidenden Momenten für die Arbeiterschaft eintreten würde. Sie haben aufs neue gesehen, wie sie von dieser Partei verraten und verkauft werden, wie diese Partei, wenn es einmal gilt, zu kämpfen, und sei es auch nur um Brot, einfach glatt versagt. Statt sich zu den kämpfenden Arbeitern zu schlagen, stellt sie sich abseits, läßt die Arbeiter im Kampfe verbluten und freut sich dann noch, wenn der Kampf nicht die gewünschten Erfolge zeitigt. Kann es eine größere Schuftigkeit geben als diese?

Tagelang schrie das „Volksblatt" von dem „kommunistischen Generalstreik", der „von Moskau befohlen" sei, von „moskowitischem Klassenbewußtsein", von „kommunistischer Revolutionspielerei" usw. Wir brauchen uns gegen solche Dreckspritzen wohl nicht verteidigen, denn die Arbeiter wissen selbst recht gut, was für sie der Anlaß war, in den Streik zu treten. Sie wissen, daß sie am Lohnzahlungstage keinen Lohn erhielten, und wenn sie schon ein paar lumpige Kröten bekamen, konnten sie sich bei der stündlichen Preissteigerung nichts mehr kaufen. Ihre Frauen standen täglich stundenlang vor den Lebensmittelgeschäften und erhielten schließlich doch nichts zu kaufen. Zu Hause war Schmalhans Küchenmeister; Männer und Kinder mußten mit trockenem Brot zur Arbeit und zur Schule gehen. Davon weiß das „Volksblatt" allerdings nichts; es weiß nicht, wie es in den Arbeiterfamilien aussieht, sonst könnte es nicht so schreiben, wie es gerade in den letzten Tagen geschehen ist. Für diese Sorte „Sozialdemokraten" gibt es nur eins: Die Kommunisten sind schuld an dem Streik, die Arbeiter hatten keinen Anlaß zum Streik, sie hatten zu essen, sie bekamen immer mehr Lohn, sie schaden sich nur bei einem Streik. Bei solcher Argumentierung könnte einem wahrhaftig die Galle überlaufen. Uns tun wirklich die Arbeiter leid, die diesem schmierigen Gesindel noch weiter nachlaufen; sie sollten nun endlich die Konsequenzen ziehen und diese Hallunken allein lassen, von denen sie jetzt obendrein noch verhöhnt werden.

Wir sagten bereits, daß wir keinen Anlaß haben, uns gegen die Vorwürfe dieser Sorte Sozialdemokraten zu verteidigen. Wir wollen nur auf die linksstehende VSPD.-Presse verweisen, in der dieser Tage (es kommen allerdings nur ein paar solche Zeitungen in Frage) ein Artikel des Kommunistenfressers Levi erschien, in dem es einleitend hieß:

„Diese letzte Bewegung, in die das deutsche Proletariat getreten ist, ist vielleicht die tragischste. Keine Bewegung war je berechtigter als diese; keine war proletarische Klasse in entsetzlicher Not und das Objekt der aller Flitter der Geschichte abgetan; es war eine proletarische Klasse in entsetzlicher Not und das Objekt der schamlosesten Ausbeutung, die in ihrer Hüllenlosigkeit kaum je ihresgleichen hatte. Ein Sechzigmillionenvolk der wirksamsten Ausplünderung, der Währungsverschlechterung, ausgesetzt: selbst die fürwahr nicht revolutionären Bürger und Bauern des deutschen Mittelalters rebellierten, wenn ihre Herren die Münze verschlechterten — **das deutsche Proletariat läßt sich seit fünf Jahren schlechtes und immer schlechteres Papiergeld in die Hand drücken, läßt sich den verdienten Lohn aus der Tasche stehlen, sank von Stufe zu Stufe und begann endlich sich zu rühren.**

Es war die unterdrückte Klasse, die sich erhob, und rascher wohl ist nie ein Fehlspruch korrigiert worden als der, den Genosse Hilferding eine Woche zuvor zu einem französischen Zeitungskorrespondenten getan: Daß die soziale Frage, so alt sie auch ist, an zweiter Stelle treten werde angesichts des gemeinsamen Werkes, die nationale Verteidigung sicherzustellen. Die soziale Frage hat sich erlaubt, Karl Marx anders auszulegen, als es Genosse Hilferding tut und hat sich an die erste Stelle gesetzt.

Diese berechtigte und echteste aller proletarischen Bewegungen, so wir bisher in Deutschland hatten, hat, was die Arbeiterparteien angeht, das kleinste Geschlecht gefunden. Unser Standpunkt zu der in dieser Lage befolgten Politik unserer Partei ist bekannt. Sie erschrak vor der Bewegung. Sie nahm das, was sie als in ihrem ersten Anlauf brachte, aber sie sah keinen Weg und verschmähte es, von der Kraft, die schon in ihrem ersten Anlauf dem Bürgertum die Knie wanken machte, mehr zu erwarten und mehr sich geben zu lassen, als den papiernen Erfolg einer Steuervorlage. Wir sagen mit Absicht: papiernen Erfolg. Denn ganz abgesehen davon, welche technische Schwierigkeiten sich der Durchführung eines Teils dieser Steuergesetze entgegenstellen können: Wer wird leugnen, daß Bourgeoisie und Landwirtschaft allen nur denkbaren Widerstand ihrer Durchführung entgegensetzen werden, daß aus jedem Bourgeois ein Proteus, aus jedem Bauer ein Andreas Hofer werden wird, gegenüber dem Steuerexekutor der Republik? Wir sind überzeugt: So wenig diese Steuergesetze geschaffen werden konnten auf Grund der bisherigen staatlichen Kräfteverhältnisse, so wenig können sie durchgeführt werden ohne die Kraft, die sie schuf: Die Aktivität der proletarischen Masse. Wir fürchten, daß man das nicht erkannt und die Massen zu früh abgedankt hat; es möchte sein, daß bedeckte Massen sich so rasch nicht wieder rufen lassen möchten."

Das schreibt also die linksstehende VSPD.-Presse über den letzten Kampf der Arbeiter. Das hallische „Volksblatt", das seinerzeit vorgab, Nachfolger des früheren revolutionären „Volksblattes" zu sein, hat andere Ansichten über den letzten gigantischen Kampf der Arbeitermassen. Es steht jetzt ja auf dem rechten Flügel der Partei; die Kasparek usw., die noch da sind und die angeblich früher einmal links standen, zeigen damit, daß sie früher geheuchelt, daß sie den Arbeitern etwas vorgeflunkert hatten. Sie haben sich nun selbst entlarvt. Ihre Arbeiterfeindlichkeit konnte wirklich nicht drastischer zum Vorschein kommen. Diese Verbrecher erdreisten sich, andere zu Verbrechern stempeln zu wollen. Wir sind überzeugt, daß ihr ganzer Theaterdonner, den sie vorführen, nur dazu bestimmt ist, die eigene Niederlage zu verdecken. Die VSPD. geht mit Riesenschritten rückwärts; in manchen Orten Mitteldeutschlands gehen ihre Ortsgruppen der völligen Auflösung entgegen. Deshalb will man retten, was zu retten ist. Aber es ist zu spät, die Haltung der VSPD. im letzten Kampfe kann nicht mehr korrigiert werden, auch wenn man jetzt noch so sehr über die Kommunisten schimpft. Was man in der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück ...

Die KPD. ist im Gegensatz zur VSPD. ihrer Aufgabe auch diesmal wieder gerecht geworden. Sie hat sich, als die Massen rebellierten, an die Spitze der kämpfenden Arbeiter gestellt, um eine gewisse Marsch- und Zielline in die Bewegung zu bringen. Sie ist es auch, die jetzt nach dem Kampfe die Opfer wiederum bringt; ihre Anhänger sind es meist, die von dem frechen Unternehmertum ausgesperrt oder von der Klassenjustiz eingesperrt werden. Das soll uns aber nicht abhalten, auch künftig unsere Pflicht zu erfüllen. Wir werden die Arbeiter in ihren Kämpfen nie im Stiche lassen, wie es die VSPD. bisher stets getan hat. Deshalb sehen wir der Zukunft getrost entgegen. Unser die Zukunft, trotz allem Geheul der „Sozialdemokraten".

Arbeiter, werft das arbeiterfeindliche „Volksblatt" aus dem Hause, lest den „Klassenkampf", der allein die Interessen der Arbeiter wahrhaft und energisch vertritt.

*

„Verkörperte Unfähigkeit"

Unter dieser Ueberschrift bringt am Montag die sozialdemokratische Magdeburger „Volksstimme" einen Artikel, der sich mit Vorkommnissen vor dem hallischen Schlichtungsausschuß beschäftigt. Mit der gleichen Angelegenheit befaßt sich auch ein Artikel von P. T. (Paul Täumel) im hallischen „Volksblatt". Es lohnt sich, auf dieses Geschreibsel einzugehen, weil man dort nämlich versucht, zwei Mitgliedern unserer Partei, „Unfähigkeit", „Esel" und sonst noch mehr anzuhängen. Daß man auf der anderen Seite versucht, die Gewerkschaftsbureaukratie in den Himmel zu heben, versteht sich am Rande. Welcher Sachverhalt liegt dem Vorgang nun zugrunde? Die mitteldeutsche Arbeiterschaft stand seit Montag in einem Kampfe, der hervorgerufen war durch die glänzenden „Fähigkeiten" der Regierung Cuno und die noch glänzenderen ihrer sozialdemokratischen Hintermänner. Bei diesem Kampfe spielten neben einer Reihe politischer Forderungen auch solche wirtschaftlicher Art eine Rolle. Die Streikenden verlangten von den Gewerkschaften, daß sie für die letzteren eintreten. So auch die Metallarbeiter in Halle. Aber dem Bezirksleiter Rößler gefiel es, diese Forderungen zurückzuweisen, weil er sich mit denselben „nicht lächerlich machen wollte". Er ist nämlich derjenige, der allein die Taktik des Kampfes im DMV. bestimmt und eben mit Hilfe dieser seiner Taktik den Metallarbeitern so glänzende Löhne verschafft, daß sie vor Hunger kaum ein noch aus wissen. Aus diesem Grunde unternahmen es unsere beiden angegriffenen Genossen, diese Forderungen selbst zu vertreten. Daß der Schlichtungsausschuß diese zu politischen Forderungen machte, liegt aber nicht an der Begründung durch unsere Genossen, sondern schuld ist der Vertreter Bock vom Hauptvorstand des DMV., der als Beisitzer an den Verhandlungen teilnahm und mit dessen Hilfe auch der gefaßte Beschluß zustande kam. An diesem Beschluß ist vor allen Dingen interessant, daß einer unserer Genossen gesagt haben soll, er halte die aufgestellten Forderungen für unerfüllbar, sie dienten lediglich dem Zwecke, die Regierung Stresemann zu stürzen. In Wirklichkeit ist diese Aeußerung in einem ganz anderen Zusammenhang getan worden. Unser Genosse hat nämlich den Unternehmern auf ihre Anfrage nur erklärt, daß er es allerdings für unmöglich halte, die ungeheuerlichen Papiergeldsummen, die sie zur Löhnung brauchen, von der Regierung Stresemann zu bekommen. Wenn aus den Verhandlungen dann doch ein Spitzenlohn von 410 000 Mark herauskam, so brauchen die Gewerkschaftsbureaukraten darauf nicht stolz zu sein. Sie hätten besser getan, bei den Verhandlungen etwas weniger deutlich zu zeigen, daß sie nicht hinter den Streikenden stehen. Denn dieser Lohn bleibt weiter hinter dem Lohn zurück, der in anderen Orten gleichzeitig erreicht wurde. Aber nur gemach, Ihr Herren, Eure Schreibereien nützt Euch nicht viel. Schon erkennen die Arbeiter, wer die Führerin in ihrem Kampfe gegen die Verelendung ist. Schon beweisen sie durch ihre Massenaustritte aus der VSPD., daß sie lieber mit der Kommunistischen Partei gehen, als sich von Euch noch länger verraten zu lassen.

Die Franzosen verbieten die kommunistische Presse

(Eig. Drahtm.), Gelsenkirchen, 21. August.

Die Gelsenkirchener „Arbeiterzeitung" ist vom 20 bis 27. August von der französischen Kommandantur verboten worden.

Neue Verhandlungen im Bergbau. Nachdem die Bergarbeiterverbände den am 17. August gefällten Schiedsspruch abgelehnt haben, hat das Reichsarbeitsministerium die Tarifparteien zu neuen Verhandlungen auf den 22. August eingeladen.

Kleine Auslandsnachrichten

Bevorstehender amerikanischer Bergarbeiterstreik. Zwischen den Kohlenbergwerksbesitzern und den Kohlenarbeitern wurde eine neue Konferenz herbeigeführt. Die Kohlenarbeiter verlangen einen Zuschlag von zwei Dollar pro Tag. Die Bergwerksbesitzer haben mitgeteilt, daß sie dieser Forderung nicht nachkommen können.

Die Vorgänge in Marokko sind unerwartet in ein kritisches Stadium getreten. Die Regierung sah sich veranlaßt, sofort einen Ministerrat einzuberufen. Der Chef des Generalstabes, General Weyler, unterbrach seine Interpellationsreise nach Marokko.

Bulgarische Lügenmeldungen. Ein Rosta-Telegramm aus Moskau bezeichnet die aus Bulgarien verbreiteten Mitteilungen, als ob die russische Rote-Kreuz-Kommission Verschwörungen angezettelt, geheime Todesurteile gefällt, überhaupt aktiv am inneren Kampfe in Bulgarien teilgenommen hätte, als grobe Lüge und Verleumdung. Die Archive der Kommission seien beschlagnahmt worden und nun würden falsche Dokumente untergeschoben.

Aus der Partei

Ein neuer Kämpfer

Der Kommunistischen Partei des Industriegebiets Hamm, Münster, Krefeld ist es nach 1½jährigem Kampfe gelungen, eine eigene Zeitung zu schaffen. Der neue Kämpfer nennt sich „Rote Fahne Westfalens". Die Kommunistische Partei Westfalens verfügt jetzt über sechs Tageszeitungen, so daß im ganzen elf kommunistische Tageszeitungen in Westdeutschland erscheinen.

Fortschritte der KPD. im Bezirk Nordwest

In Bremen tagte am 18. und 19. August der Bezirksparteitag der KPD. Nordwest. Der Parteitag war eine Arbeitstagung. Neben der politischen Lage wurden Organisationsfragen, die Arbeit in den Gewerkschaften und die Kommunalwahlen behandelt. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Partei seit dem Antifascistentag 800 Neuaufnahmen verzeichnen kann. Das „Nordwestdeutsche Echo" hat gegenüber dem niedrigsten Stand des letzten Berichtsjahres eine Zunahme von 1100 Abonnenten. Noch stärker als der organisatorische Erfolg ist der ideologische auf die sozialdemokratisch orientierten und indifferenten Massen.

Vom Tage

Opfer des Imperialismus. Aus Tokio wird gemeldet: Ein kürzlich gebautes Unterseeboot ist auf einer Prüfungsfahrt bei Kobe gesunken. 29 Mann Besatzung wurden gerettet, 85 werden noch vermißt.

Choleraepidemie in Bagdad. Nach einer Meldung aus Bagdad ist unter den persischen Kulis eine schwere Choleraepidemie ausgebrochen. Bisher sind 744 Fälle zu verzeichnen. Die Cholera hat auch Basora erreicht, wo 76 Personen starben. Die Epidemie ist jetzt im Abnehmen begriffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230822-14/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Tagung der erweiterten Bezirksleitung

Am Sonntag, dem 26. August 1923, vormittags 10 Uhr, findet in der Produktivgenossenschaft, Halle, die Sitzung der erweiterten Bezirksleitung (Bezirksausschuß) statt.

Als Tagesordnung sind folgende Punkte vorgesehen:

1. **Bericht über die Lage im Bezirk unter Berücksichtigung des Generalstreikes. Referent: Genosse Sachse.**
2. **Der Rote Landsonntag. Referent: Vertreter der Zentrale.**

Außer den Mitgliedern der erweiterten Bezirksleitung nehmen daran teil die Abgeordneten und Bezirksfraktionsführer.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen erforderlich.

Bezirksleitung KPD. Halle-Merseburg
W. Sachse.

Bitterfeld. Oeffentliche Versammlung. Am Freitag, dem 24. August, abends 8 Uhr, findet in Bitterfeld eine öffentliche Versammlung im „Bürgergarten" statt, einberufen von der Union der Hand- und Kopfarbeiter (Gelsenkirchen). Es soll Stellung genommen werden zu den Folgen des Streiks. Arbeiter, erscheint in Massen!

Delitzsch. Aus der Partei. Am Freitag abend 8 Uhr findet im „Lindenhof" Mitgliederversammlung statt. Mitgliedsbuch legitimiert. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.

Glesien. Genossenschaftliches. Am Sonntag fand im Gasthof Ennewitz eine außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins Glesien und Umgegend statt. Auf der Tagesordnung standen: Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 20 000 Mk., Erhöhung des Geschäftsanteils auf 5 Million und Erhöhung der Haftsumme in Höhe des Anteils. Der erste und dritte Punkt wurden ohne Debatte angenommen, der zweite mit 58 gegen 4 Stimmen. Hier wurde lebhafte Diskussion darüber geführt, wie und in welchen Raten der Anteil eingezogen werden soll. Die Verwaltung schlug 5 Raten vor, der Genosse Block 10 Raten; ihm schlossen sich mehrere Genossen an. Es wurde dann auch demgemäß beschlossen, nachdem die Verwaltung ihren Antrag zurückgezogen hatte. Der Anteil wird durch Hauskassierung eingezogen, und zwar am Sonntag, dem 26. August, die erste Rate, an den nächsten Sonntagen die andern. Ausgeschlossen sind hier selbstverständlich die Aermsten der Armen, wie alleinstehende Witwen usw. Mitgliedern, bei denen festgestellt wird, daß sie zahlungsfähig sind und die sich dennoch weigern zu zahlen, sollen nach einer bestimmten Frist die Waren gesperrt werden.

— Erfolg der Landarbeiter. Die Landarbeiter des Rittergutes Glesien haben am Donnerstag morgen die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihre Forderungen bewilligt worden waren. Sie haben die Streiktage bezahlt bekommen, außerdem ist ihnen eine Wirtschaftsbeihilfe in Form von Getreide zugesprochen worden. — Wie sich ein Gutsbesitzer ausgelassen hat, soll gegen eine Anzahl Genossen, welche beim Generalstreik die Landarbeiter aufgeklärt und sie zur Solidarität aufgefordert haben, Strafantrag gestellt sein wegen „Landfriedensbruchs". Wir sehen diesem getrost entgegen.

— An die Genossen! Am Sonnabend, dem 25. August, findet voraussichtlich, wenn nichts anderes bekanntgemacht wird, eine Parteiversammlung statt.

Provinz-Chronik

Bad Kösen. Beim Nachgießen auf den brennenden Kocher explodierte der 19jährigen Therese Thiele aus Gehofen die Spirituskanne. Der Inhalt übergoß die Unglückliche und im Nu stand diese in Flammen. Sie ist den schweren Brandwunden erlegen. — **Seegrehna.** Hier wurde Getreide beschlagnahmt, darunter bei einem Landwirt Brotgetreide aus früheren Ernten, das dem Verschimmeln nahe war. — **Schlitz.** Die 13jährige Kreuzer kam mit dem Haar in das Dreschmaschinengetriebe. Dem Mädchen wurde die Kopfhaut abgerissen. — **Vogelbeck.** Im Streit erschoß der Dörfler Herm. Jäger seine Frau nieder, verletzte seinen Stiefsohn lebensgefährlich und erschoß sich dann. — **Alsleben.** Der Klein- und Altrentner August Böttcher sicherte einem Ehepaar Blauel als Erbschaft drei Morgen Land zu, falls es ihn bis zu seinem Tode beherberge und beköstige. Bald darauf starb der Mann. Jetzt hat man die Leiche ausgegraben und größere Mengen Phosphor in den Leichenteilen festgestellt. — **Hettstedt.** Auf dem Wolfschacht erlitten drei Streckenschießer schwere Schußverletzungen. Zwei von ihnen sind gestorben. — **Salzwedel.** Von der hiesigen Polizei wurden bei zwei Großhandelsfirmen Haussuchungne vorgenommen, die etwa 80 Zentner Margarine ans Tageslicht förderten. Die Margarine wurde beschlagnahmt.

Ein sozialdemokratischer Landrat fordert zum Streikbruch auf!

Landrat Vogl in Liebenwerda droht der Arbeiterschaft mit der Schupo

Aus Liebenwerda wird uns berichtet:

Die deutsche Arbeiterschaft hat im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Revolution vom hohenzollernschen Kaiserreich zur dollartaumelnden Stinnesrepublik schon mancherlei Erfahrung gesammelt. Was sich aber der sozialdemokratische Landrat Vogl des Kreises Liebenwerda neuerdings geleistet hat, dürfte bisher einzig in der Geschichte dastehen.

In der Montagausgabe des „Liebenwerdaer Kreisblattes" erschien ein Aufruf des Landrats Vogl:

An die Bevölkerung des Kreises Liebenwerda!

Um den Vogl im rechten Lichte erscheinen zu lassen, sei das Pamphlet hier abgedruckt:

Schaffende Männer und Frauen des Volkes!

Die Not ist groß! Das Elend steigt täglich! Das weiß und fühlt jeder!

Die Not überwinden zu helfen, ist gemeinsame Pflicht aller Volksgenossen.

Wer aber diese Not zu eigennützigen Zielen verwendet, wer ohne die ernste Absicht, dem notleidenden, durch den Hunger gepeinigten Volk zu helfen, dies lediglich benutzt, um seine egoistischen Ziele zu erreichen, begeht Verrat an seinen Volksgenossen!

In solch unverantwortlicher Weise handelt die kommunistische Zentral-Streikleitung in Bockwitz, eine Streikleitung, die keine Streikleitung ist, weil es sich um einen wilden Streik handelt.

Was will diese „Zentral-Streikleitung" mit dem neu verkündeten verschärften Generalstreik? Vielleicht dem werktätigen Volke helfen? Nein, abermals nein! Sie will nur ihrer Partei dienen, deren Ansehen durch den vorige Woche abgeblasenen Generalstreik schwer gelitten hat. Sie will nur, ganz gleichgültig, wie es der Arbeiterschaft ergehen wird, weiter für die ihr von Moskau diktierten Ziele hetzen, nicht zugunsten der breiten Massen, sondern zugunsten der bezahlten Rubelsöldlinge.

Werktätige Männer und Frauen des Kreises! Wacht auf und erkennt die kommunistische Seifenblase! Ein solcher Streik, wie der augenblickliche, hilft Euch nicht, sondern schadet!

Geht ungesäumt an die Arbeit!

Nicht um einzelnen, kapitalistischen Interessen zu dienen, sondern um die Not nicht noch höher zu treiben, zu einem unentwirrbaren Knäuel, wie es die kommunistische wilde Streikleitung will, deshalb nehmt die Arbeit auf!

Für den Schutz der Arbeitswilligen durch die Schutzpolizei ist gesorgt!

Werktätige Volksgenossen und Volksgenossinnen! Laßt Euch nicht weiter durch die hohlen Phrasen der Kommunisten täuschen, denkt an Euch, an Eure Familie, an Eure Pflicht, gemeinsam mit allen Volksgenossen die Not zu bekämpfen und nicht zu vergrößern, deshalb:

Nehmt die Arbeit auf!

Liebenwerda, den 2. August 1923.

Der Landrat. Vogl.

Was hat sich das Vögelchen denn bei Erlaß dieses Aufrufs eigentlich gedacht? Ist er denn um den Verstand gekommen? Weiß er nicht, daß die Arbeiterschaft des Ländchens von selbst in den Abwehrstreik getreten ist, um den unbeugsamen Willen des frechen Ausbeutertums zu brechen? Will er die Arbeiter zu Sklaven machen? Was den vorstehenden Aufruf betrifft, so wird die Arbeiterschaft die Antwort geben auf dieses unverschämte Machwerk. Landrat Vogl hat sich damit bewußt auf die Seite der Ausbeuter gestellt und diesen den Rücken gesteift. Und das nennt sich „Sozialdemokrat"! Ein deutschnationaler Landrat konnte nicht besser die Arbeiterschaft provozieren. Vogl, der Schutzpolizei heranholte, zu dem ganz offensichtlichen Zweck, die streikende Arbeiterschaft niederknütteln zu lassen, trägt die ganze Verantwortung für all die Folgen, die daraus entstehen können. Wie in allen Bezirken, wo Schutzpolizei einrückte, eine große Erregung unter den hungrigen Volksmassen hervorgerufen wurde, so ist damit zu rechnen, daß auch im Liebenwerdaer Kreise durch den Einmarsch der Schutzpolizei unter der Arbeiterschaft eine große Erregung entsteht. All die Blutbäder, die während des Generalstreikes angerichtet wurden, kommen auf das Konto jener unverantwortlichen Männer der deutschen Republik. So wie in Zeitz und anderen Orten Mitteldeutschlands, wo die „Ruhe" und „Ordnung" erst gestört wurde, als die bewaffnete Polizei einmarschierte, so wird auch die „Ruhe" und „Ordnung" im Liebenwerdaer Kreise, besonders im Bockwitzer Ländchen, zum Teufel gehen mit Hilfe des sozialdemokratischen Landrats. Und wie richtig selbst sozialdemokratische Arbeiter die Situation einschätzen, beweist ein Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion in der Senftenberger Stadtverordnetensitzung eingereicht hat. Der Antrag lautet:

„Das Stadtverordnetenkollegium hält die Begründung des Herrn Bürgermeisters, die Schupo zum Schutze der Einwohner hergerufen zu haben, für vollkommen gegenstandslos, weil die letzten Tage bewiesen haben, daß die Schupo erst Unruhe in die Bevölkerung getragen hat. Sie hält die Maßnahmen des Herrn Bürgermeisters, die Schupo hergeholt zu haben, ohne sich mit den maßgebenden Vertretern (Magistrat, Stadtverordenten und Gewerkschaftsvertretung) in Verbindung gesetzt zu haben, für unverantwortlich. Wären diese Instanzen zur Beratung vorher herangezogen worden, wäre jedenfalls das Herholen der Schupo unterblieben. Wir halten das Weiterverbleiben des Herrn Bürgermeisters auf solchem verantwortungsvollen Posten für eine öffentliche Gefahr und verlangen im Namen der Bevölkerung von Senftenberg seinen sofortigen Rücktritt. Die Todesopfer sind ausschließlich sein Schuldkonto. Die Ausschaltung der Volksvertretung müssen wir als eine Verhöhnung der demokratischen Staatsverfassung ansehen und sind der Auffassung, daß der Herr Bürgermeister reaktionären und staatsfeindlichen Einflüsterungen Folge geleistet hat. Den Verwundeten und Hinterbliebenen der Todesopfer sprechen wir unser tiefstes Mitleid aus."

Dieser Antrag wurde vom Stadtverordnetenkollegium angenommen.

Möge der Landrat Vogl und seine Hintermänner durch diesen sozialdemokratischen Antrag gewarnt sein. Wir Kommunisten fürchten trotz aller Lügen und Verleumdungen weder den Landrat Vogl, noch seine Maßnahmen. Die Arbeiterschaft des Liebenwerdaer Kreises mag an diesen Tatsachen feststellen, was für ein feiner Landrat an der Spitze des Kreises steht, der durch eine ebenso kluge, wie umsichtige Politik versuchen sollte, die Not der bis zum Blut gereizten Bevölkerung zu lindern. Herr Vogl tut das Gegenteil, und er wird die Verantwortung für diese Handlungsweise zu tragen haben.

*

Die Antwort auf Vogls Provokationen

Aus Bockwitz wird uns geschrieben: Die Bergarbeiterschaft des Ländchens ist nicht gewillt, unter den Bajonetten der Schupo zu arbeiten. Der gestern eingesetzte Generalstreik konnte nicht von vornherein einheitlich zur Durchführung gebracht werden. Nachdem aber die Arbeiterschaft wahrnehmen mußte, daß sie unter den Bajonetten arbeiten sollte, **legte heute Dienstag die gesamte Bergarbeiterschaft die Arbeit nieder,** so daß der sozialdemokratische Landrat Vogl mit seiner Schupo der schon kämpfenden Arbeiterschaft den größten Dienst erwiesen hat. Alle diejenigen, die sich über den Kampf, den die Bergarbeiterschaft der Lausitz und des Ländchens führten, noch nicht klar waren, sind nun in den Kampf getreten.

Die Versammlung, die gestern nachmittag im „Volkshaus"-garten tagen sollte, wurde verboten, so daß in den beiden großen Sälen die Versammlungen abgehalten werden mußten. Beide Säle konnten die Massen nicht aufnehmen. Die Berichte wurden mit stürmischer Begeisterung aufgenommen, so daß bei einer nochmaligen Abstimmung für den Streik gestimmt wurde.

Nach Einsetzung der Technischen Nothilfe wurde beschlossen, um 2 Uhr die **Notstandsarbeiten einzustellen.**

385000 M. sind an unsere Trägerinnen für die 2. Augusthälfte auf den „Klassenkampf" **sofort zu zahlen!** Leser, erleichtert die Einkassierung und dem Verlag die Zahlungsverpflichtungen!

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. **Fernruf** 1473. — **Postscheckkonto Leipzig 187001** Artur Sämisch, **Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonn** abends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Frauen-Funktionäre und Ortsleitung. Freitag, 24. August, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Wichtige Sitzung.

Achtung, Kassierer! Der laufende Monat muß sofort abgerechnet werden, a Konto-Zahlungen gelten nicht als Abrechnung.

Distrikt 20 (Kröllwitz). Freitag, 24. August, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": Distriktsversammlung. Referent anwesend.

Böllberg-Wörmlitz. Das für Sonntag, 26. August, angesetzte Parteifest in Wörmlitz fällt aus.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 24. August, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": **Mitgliederversammlung.** Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Kreis Bitterfelt

Bitterfeld (Industriebezirk). Donnerstag, 23. August, nachmittags 5 Uhr, im „Fürst Bismarck": **Sitzung sämtlicher kommunistischen Funktionäre der Betriebe und Gewerkschaften.** Mitgliedsbuch legitimiert.

Bitterfeld. Donnerstag, 23. August, abends 8 Uhr, im „Fürst Bismarck": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Liebenwerda.

Bockwitzer Ländchen.
Ein- u. Verkaufs-Zentrale
neuer und getragener Anzüge, Wäsche, Möbel, Schuhwerk, Uhren, Gold- und Silberwaren kauft und verkauft zu günstigen und soliden Preisen.
Rohprodukten-Einkaufs-Zentrale
für Lumpen, Knochen, Eisen, Papier, Neutuch, Sackzeug, Flaschen und Metalle zu den höchsten Tagespreisen.
Richard Gerschwitz,
Bockwitz. *103
Gartenstraße, Ecke Seilergasse.
Telephon: Amt Bockwitz 187.

An unsere Inserenten!

Der jeweilige Preis der für die Berechnung der **Anzeigen** in Frage kommt, ist am Kopf unserer Zeitung angegeben. Eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht. **Verlag Klassenkampf.**

Schokoladen
Zuckerwaren usw. 232
kaufen Wiederverkäufer a. billigsten b.
Willy Voigt, vormals **Bachran & Co.**
Markt 6, gegenüber Börse.

Größte Auswahl, billigste Preise
Chaiselongues.
Bruno Baris, Halle a. d. S.
3704 **jetzt Leipziger Str. 12.**

Eisleben.

Neustadt-Theater.
Nur heute bis Donnerstag!
Das überall mit durchschlagendem Erfolg gezeigte Riesenprogramm!
Der große italienische Sensations- und Abenteurerfilm:
Die Sekte d. Geheimnisvollen
6 Akte voller Spannung.
Frl. Julie.
6 Akte. Nach dem gleichn. Theaterstück. Asta Nielsen. — Große Rollenbesetzung. Hervorragend. — Trotz des Riesen-Spielplans heute kein Preisaufschlag.
603] **Die Direktion.** Aug. Barges.

Sangerhausen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch auf". 601
Sonnabend, den 25. August 1923, auf dem „Brühl":
Tanzvergnügen.

Volks-Buchhandlung
Eisleben, Breiter Weg 8
empfiehlt:
Sämtliche Schulartikel
zu billigen Preisen.

Zeitungsträgerin

für **Vatterode** zum 1. Sept. gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich bei unserer bisherigen Trägerin **L. Ranke,** Vatterode, melden.

Zeitungsträgerin

für **Kelbra** am Kyffhäuser zum 1. September gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen **Kößler** melden.

Bekanntmachungen.

In Abänderung der Veröffentlichung des Magistrats vom 3. August 1923 wird Nachstehendes gemäß Beschluß der Ortskohlenstelle infolge Erhöhung der Kohlenpreise und der Frachtsätze der Reichseisenbahn festgesetzt:

§ 1. Bei Abgabe an Verbraucher dürfen für Braunkohlenbriketts, die mit der Bahn ankommen, folgende Preise je Zentner nicht überschritten werden: a) ab Bahnlager des Händlers oder ab Bahnwagen in Fuhren und im Kleinverkauf je Zentner 1 452 000 Mk., b) ab Stadtlager des Händlers im Kleinverkauf und in Fuhren je Zentner 1 470 000 Mk.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 3. Vorstehende Höchstpreise treten mit dem 21. August 1923 in Kraft. Der Höchstpreis der Verordnung vom 3. August wird gleichzeitig aufgehoben.

Eisleben, den 20. August 1923.
505 **Der Magistrat.**

Die **Brotkartenausgabe** erfolgt am Mittwoch, dem 22. August, und Donnerstag, dem 23. August, in den bekannten Geschäften. Verabfolgt werden je Person Marken über 1800 Gramm wöchentlich für die Zeit vom 27. August 1923 bis 23. September 1923. Marken sind sofort nachzuprüfen. Nachforderungen werden nicht anerkannt. Bei nicht rechtzeitiger Abholung sind die festgesetzten Gebühren zu zahlen. Die Verabfolgung der Brotkarten erfolgt nur gegen Vorlegung der neuen Lebensmittelausweise.

Eisleben, den 20. August 1923.
604 **Der Magistrat.**

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes, sagen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank.

Ww. Minna Koch,
Familie August Koch
als Eltern. 602

Exerzierplatz.
Telephon 8515
Z Straßburgers 3-Masten- Zirkus 3703
mit 2 Manegen.
Heute, Mittwoch, 2 × 3½ Uhr, 7½ Uhr.
Kinder nachm. halbe Preise.
Tierschau, Probe: 10–1 Uhr.
Billetts: Steinbrecher & Jasper, Marktplatz 1. Telephon 6369 und Zirkuskasse n10 bis 1 Uhr und 1 Std. vor Beginn

„Salzgraf"
Panzerchromhülle
Jungmann-Bälle
Fußballstiefel 229
Große Auswahl!
F. Oswald Berger
Gr. Ulrichstraße 40 (Eing. Kaulenberg).

Guterh. Herrengarderobe,
Leihscheine, Wäsche usw.
kauft ständig 230
Hammer,
Rathausstr. 17, Hof, I.

Kein Laden.
Nur erste Etage.
Carl Klingler
Leipziger Straße 11 I.
Eingang Sandberg.
KREDIT
unter günstigen Zahlungsbedingungen.
Herren-Anzüge, Sport-Anzüge, Cutaways, Gummimäntel, Winter-Paletots, Winter-Schlüpfer.
Nur erste Etage.
Kein Laden.

Unsere Bezirks-Buchhandlung,
Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14,
Eing. Schützenstr., führt, wie unsere
Volks-Buchhandlung,
Harz 42/44,
sämtliche
Schulartikel.
wie
Schiefertafeln, Schreibhefte, Tinten usw.
Billigste Preise, gute Ware
sind Vorteile unserer Kundschaft.
Produktiv-Genossensch. für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H.

Zeitungsträgerin

für **Hohenweida-Benkendorf** zum 1. September gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen **Franke** melden.

Zeitungsträgerin

für **Ramsin** zum 1. Septbr. 1923 gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Gen. Franz Retzke, Zscherndorfer Straße 1, melden.

KPD. Brachstedt.

Infolge einer Operation, die sich durch eine Verwundung bei der Hörsingaktion 1921 jetzt nötig machte, verschied am Sonntag früh 5 Uhr unser Genosse 3705

Paul Bobka

im Alter von 22 Jahren.

Ehre diesem jungen Kämpfer!

Die Ortsleitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230822-14/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis

Halle den 22. August 1923.

Ortsgruppe Halle der KPD.

Alle Gemaßregelten von Halle melden sich unter Vorlegung der Steuerkarte 1923, sowie der letzten Arbeitsbescheinigung vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Unterstützungskomitee der Gemaßregelten.

Sämtliche Fraktions- und Zellenleiter müssen heute nachmittag auf dem Sekretariat, Lerchenfeldstraße 14 II, Sammellisten für die Gemaßregelten abholen.

Herabsetzung des Grundlohnes im Baugewerbe

Von der Baugewerkschaft Halle wird uns geschrieben: Nachdem der am 15. August durch das Bezirkslohnamt einstimmig gefällte Schiedsspruch von den Unternehmern abgelehnt worden war, fanden am Montag, dem 20. August, im Reichsarbeitsministerium Einigungsverhandlungen statt. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen:

„Die Parteien nehmen den Schiedsspruch vom 15. August d. J. mit der Maßgabe an, daß für die Lohnwoche ab 18. August d. J. für die weitere Lohnberechnung der Grundlohn auf 455 000 Mk. für die Stunde festgesetzt wird."

Nach der vorstehenden Vereinbarung haben die Unternehmer für die Zeit vom 13. bis einschließlich 17. August d. J. 500 000 M. für die Stunde zu zahlen. Der Stundenlohn für die laufende Lohnwoche wird nach Veröffentlichung der Reichsindexziffer sofort bekanntgegeben.

In dem Schiedsspruch vom 15. August war ein Grundlohn von 500 000 Mk. festgesetzt worden. Damals standen die Massen im Kampf. Heute fühlen sich die Unternehmer wieder stark genug, den Kampf gegen die Arbeiter fortzuführen. Der Verrat der Sozialdemokraten wirkt sich bereits aus.

*

Nachzahlungen werden an Streikende verweigert

In der Montagausgabe des „Klassenkampf" brachten wir einen Artikel über die Nachzahlung für das Handels- und Transportgewerbe. Es handelt sich um die Woche vom 4. bis 10. August. Fest steht, daß der Lohn für die Woche vom 4. bis 10. August so niedrig war, daß schon bei der Auszahlung verschiedene Arbeitgeber ihre Verwunderung über den niedrigen Lohn zum Ausdruck brachten. Wer aber nun glaubte, daß diese Nachzahlung alle Arbeiter bekommen würden, ist im Irrtum. Neben dieser klaren, veröffentlichten Auffassung läuft noch eine, von der nicht feststeht, ob die Lohnkommission davon unterrichtet ist. Wer in der Woche vom 11. bis 17. August sich am Streik beteiligt hat — ob er nun am 11. bzw. am 13. August gearbeitet hat oder nicht, spielt keine Rolle —, bekommt diese Nachzahlung nicht. Diese Auskunft gibt sowohl der Arbeitgeberverband, wie auch der Bevollmächtigte Gräfe.

Praktisch hat sich also Herr Gräfe dazu hergegeben, daß die durch die unerträgliche Not zum Streik getriebenen Mitglieder noch besonders dafür bestraft werden.

*

Die Sack- und Planenfabrik Lehmann, Königstraße 79, hatte nach dem Generalstreik versucht, einige Arbeiterinnen zu maßregeln. In einer Belegschaftsversammlung wurde daraufhin einstimmig beschlossen, im Streik solange zu verharren, bis sich die Firma bereit erklärt, alle Arbeiter und Arbeiterinnen wieder einzustellen. Einige Arbeiterinnen aber haben diesen Belegschaftsbeschluß nicht durchgeführt und sind am Montag auf der Arbeitsstätte erschienen. Dadurch haben sie die Kampffront durchbrochen und die übrigen noch draußen gebliebenen Arbeiterinnen der Willkür des Unternehmers preisgegeben. Die Firma hat jetzt auch 13 Arbeiterinnen, darunter zwei Betriebsratsmitglieder, entlassen. Der Inhaber der Firma erklärte den am Montag erschienenen Frauen, daß sie wegen Arbeitsmangels entlassen seien. Ein Entlassungsschein wegen Arbeitsmangel aber wurde den Arbeiterinnen von dem Herrn Steinbach, der Mitglied des Stahlhelms ist, verweigert und schließlich wurden sie unter Drohungen vom Hofe gejagt. Der Gewerkschaftsangestellte Gittel vom Fabrikarbeiterverband zeigte größeres Interesse für die Firma, insbesondere dafür, daß das Verhalten der Firma nicht an die Oeffentlichkeit kommt, als für die Arbeitnehmer, deren Interessen er wahrzunehmen verpflichtet ist.

*

Hydrogen Ammendorf.

Der Solidaritätsstreik für die Gemaßregelten ist aufgehoben. Als Streikbrecher sind festgestellt: der Dreher Otto Mattai, Schlosserstraße und der Arbeiter Schwerdfeger, Schmidtstraße. **Gemaßregelt wurden 22 Arbeiter.**

Ein lichter Augenblick im „Volksblatt"

In der gestrigen Ausgabe des „Volksblättchens" lesen wir in einem Artikel „Wortgefechte" u. a. folgendes:

„Bei jeder Gelegenheit müßte den Lesern klar vor Augen geführt werden, daß die Leute, die gegenwärtig Deutschlands Geschicke lenken, ganz auf bürgerlichem Standpunkte stehen."

Das ist auch ganz unsere Meinung. Wir verstehen aber gar nicht, daß sich das „Volksblättchen" dann immer so aufbläst, wenn wir als Kommunisten dasselbe sagen.

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen und Mitglieder der Kommunistischen Jugend des Unterbezirks Halle-Saalkreis!

Mit dem heutigem Tage kommen die Rundschreiben der Unterbezirksleitung zum Versand, die sehr wichtige Aufgaben für die Ortsgruppen enthalten. Wir ersuchen, die Distriktsleiter und Ortsgruppenvorsitzenden, die Erledigung der in den Rundschreiben angeführten Aufgaben sofort durchzuführen.

Genossen, wir haben durch den Generalstreik zu verzeichnen, daß sich unter den Gemaßregelten auch viele Genossen unserer Organisation und andere Jungproletarier befinden. Die Unterbezirksleitung hält den Beschluß der letzten erweiterten Unterbezirksleitungssitzung (Kampffonds), und hat nunmehr Sammellisten für unsere gemaßregelten Jugendgenossen mit dem Rundschreiben herausgegeben. Wir erwarten von allen Mitgliedern unserer Organisation, von allen jungen und alten Proletariern, daß sie Solidarität üben und ihre Kollegen unterstützen.

Die Ortsgruppenvorsitzenden haben jetzt die Aufgabe, Genossen, die gemaßregelt sind der unten anstehenden Anschrift auf dem schnellsten Wege unter genauer Beantwortung der im Rundschreiben aufgeworfenen Fragen mitzuteilen.

Geldsendungen sind zu richten an: W. Sabottge, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Die Unterbezirksleitung.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Kartellfraktion. Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr, in der „Produktivgenossenschaft": Wichtige Sitzung.

Gewerkschaftskartell-Delegierte. Am Freitag, dem 24. August, abends 7½ Uhr, Versammlung im „Volkspark". Das Erscheinen aller Delegierten ist notwendig.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Halle. Am Freitag, dem 24. August, abends 7½ Uhr, findet im „Volkspark" eine sehr wichtige Sitzung des Gesamtvorstandes der Bau- und Platzdelegierten und der Bezirkskassierer statt (Großer Körper).

* **Die örtliche Streikleitung** muß heute abend 6 Uhr zu einer kurzen Besprechung in der Produktiv-Genossenschaft erscheinen.

* **Wohnungen als Heuboden.** In dem Hause des Fleischermeisters ...hoff, Liebenauer Straße 7, sind jetzt zwei Zimmer als Heuboden hergerichtet worden. Wie uns mitgeteilt, gehörten bisher diese beiden Zimmer zu der Wohnung des Sekretärs Riedel, der beim Wohnungsamt angestellt ist. Vielleicht nimmt sich der Dezernent des Wohnungsamts, Herr Stadtrat May, dieser Angelegenheit einmal an. Abgesehen davon, daß jeder Raum so notwendig für die tausende Obdachlosen gebraucht wird, wird auch das Leben der Mitbewohner durch das Lagern von Heu in einer Wohnung stark gefährdet. Das sollte mindestens auch ein Beamter des Wohnungsamts wissen, der darüber zu wachen hat, daß in dieser Zeit mit Wohnungsraum kein Mißbrauch getrieben wird.

* **Opfer der Autoraserei.** Gestern nachmittag um 2 Uhr wurde ein Sipobeamter, der gerade den Hof der Artilleriekaserne auf dem Motorrad verließ, von einem vorübersausenden Auto erfaßt und überfahren. Das Motorrad wurde vollständig zertrümmert. Der Beamte erlitt schwere Verletzungen. Die Schuldfrage wird geklärt.

* **Zusammenstoß.** Montag nachmittag stieß in der Delitzscher Straße ein nach dem Güterbahnhof zur Hilfeleistung alarmiertes Feuerwehrfahrzeug mit einem Pferdefuhrwerk zusammen. Der Kutscher des letzteren wurde bei dem Zusammenstoß verletzt und mußte nach der Klinik gebracht werden. Das Fahrzeug der Feuerwehr wurde leicht beschädigt. Es mag bei dieser Gelegenheit erneut darauf hingewiesen werden, daß laut Polizeivorschrift sowohl Fußgänger wie Fuhrwerke aller Art beim Herannahen der Fahrzeuge der Feuerwehr auf deren Glockensignal hin die Straße sofort freizumachen haben. — Am Dienstagnachmittag wurde Ecke Große Ulrichstraße—Alte Promenade ein 53jähriger Schuhmacher von einem Motorradfahrer überfahren und verletzt. Da er seinen Weg nicht allein fortsetzen konnte, wurde er mit dem Krankenwagen in seine Wohnung gebracht. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Theater und Konzerte

Stadttheater. Das Stadttheater eröffnet seine diesjährige Spielzeit am 1. September. Als Eröffnungsvorstellung geht Hebbels Nibelungendrama in Szene, das seit vielen Jahren nicht mehr auf der hallischen Bühne gegeben worden ist. Für die Stammkarten-Inhaber sind zwei Spieltage in der Woche (Dienstag und Freitag) in Aussicht genommen. Die Stammkarten-Inhaber der vorigen Spielzeit haben bis 22. August einen Voranspruch auf die bisher von ihnen abonnierten Plätze. Vom Donnerstag, dem 23. August, wird über Plätze, für die keine Verlängerung des Abonnements beantragt ist, zugunsten neu hinzutretender Abonnenten frei verfügt.

Die Beamtenschaft und die Arbeiter- und Bauern-Regierung

Inoffiziell hat die Regierung Cuno noch kurz vor ihrem Abzug mitteilen lassen, daß in der nächsten Zeit 400 000 Beamte entlassen werden müssen. Diese Entlassungen bilden einen Teil des Kapitulationsprogramms der bankrotten Bourgeoisie vor Poincaré. Die Beamten werden als Opfer der Verständigung zwischen den deutschen und französischen Kapitalmagnaten, zwischen Stinnes und Loucheur, auf die Straße gesetzt. Was kümmert es die Regierung, auch wenn sie jetzt Stresemann-Hilferding heißt, daß die **Einziehung der Steuern** noch länger dauert, daß die Post noch schlechter funktioniert, daß durch die Uebermüdung des Eisenbahnpersonals sich die Unglücksfälle häufen. Es ist klar und durch alle Erfahrungen bestätigt: nicht die faulenzende und glänzend bezahlte reaktionre „hohe" Bureaukratie muß daran glauben, sondern das **fleißige Heer der unteren und mittleren Beamten wird dezimiert.** Und wenn der Rest außerstande ist, die Arbeit zu bewältigen, so muß eben durch eine Vermehrung von höheren Beamten, die als Antreiber und Aufpasser fungieren, dafür gesorgt werden, daß „Arbeitseifer" und „Arbeitsintensität" gehoben werden. Die Begleitmusik und die Bearbeitung der öffentlichen Meinung besorgt schon die bürgerliche Presse, die sich nicht genug tun kann mit dem Gejammer über das „unproduktive Beamtenheer", das uns auffrißt. Selbst die von allen guten Geistern verlassenen Sozialdemokraten stoßen in dasselbe Horn. Konnte man doch in der letzten Zeit in der sozialdemokratischen Presse eine Reihe von Artikeln lesen, in denen über die angeblichen „Privilegien" der Beamten gezetert wurde.

Wie steht es aber in Wirklichkeit damit?

Vor dem Kriege bestand das „Privilegium" der unteren und mittleren Beamten darin, daß sie in ihrer persönlichen Freiheit aufs stärkste beschränkt waren und mit der Aussicht auf eine sehr magere Alterspension jahrzehntelang hungern mußten. Heute sind diese Pensionäre vielfach so weit, daß sie für ihr mühsam zusammengespartes Häuschen nicht einmal mehr die Feuerversicherungsprämie bezahlen können.

Die vierteljährliche Vorauszahlung des Gehaltes spielte früher bei der Stabilität der Preise keine besondere Rolle. Heute ist die Vorauszahlung, die übrigens nur bei den etatsmäßig angestellten Beamten erfolgt, erst recht kein Privilegium. Unter den obwaltenden Umständen muß sie als Forderung für alle Angestellten und Arbeiter auch in der Privatindustrie erhoben werden. Statt dessen ist aber die Vorauszahlung der Teuerungszuschläge, die den weitaus größten Teil des Gehaltes ausmachen, jüngst von der Regierung stark eingeschränkt worden. Die Beamtenführer, einschließlich der Sozialdemokraten, haben dem zugestimmt und dafür eine „Wertbeständigkeit" des Gehaltes vereinbart, die sich als purer Schwindel entpuppt. Die Regierung hat diese Nachgiebigkeit benutzt und mit dürren Worten in der letzten Woche erklärt, daß diesmal die Gehälter selbst nach dem Reichsindex nicht erhöht werden können. Von der Abschaffung des prozentualen Teuerungszuschlages, der den Abstand zwischen den oberen und unteren Gehaltsklassen automatisch in ungeheuerlicher Weise erhöht, und der Einführung des gleichmäßigen Kopfzuschlages ist keine Rede mehr.

Die „Demokratiesierung der Verwaltung" ist so weit fortgeschritten, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, wenn republikanisch gesinnte Beamte im Dienst schikaniert und zurückgesetzt werden. Das Beamtenrätegesetz wird im 23er-Ausschuß seit zwei Jahren zu Tode beraten, und wenn es wirklich im Laufe der Jahre noch einmal verabschiedet werden sollte, so wird eine Karikatur von Beamtenvertretungen zustande kommen, die noch toller ist als der ursprüngliche, vom sozialdemokratischen Minister Gradnauer eingebrachte Entwurf. Hat doch der Vertreter der VSPD. im Ausschuß mit erfrischender Deutlichkeit erklärt, daß die Sozialdemokratie, **wenn sie Regierungspartei ist, kein Interesse an der Schaffung von Beamtenräten mit weitgehenden Rechten hat.** Das sind schöne Aussichten für die Beamten, bei der nun — auf wie lange? — geschaffenen „Großen Koalition".

Welchen „Schutz" ein sozialdemokratischer Minister für die Beamten bildet, davon kann die preußische Schutzplizei ein Lied singen, wo man auf die Denunziation von reaktionären Offizieren hin sogar die von den Franzosen verfolgten Unterbeamten im besetzten Gebiet aufs Pflaster setzt, so daß sie ohne Papiere, ohne Geld, all ihrer Habseligkeiten entblößt, bei ihrem Verbande Schutz suchen müssen.

Von der Koalitionsregierung haben die Beamten nicht das geringste zu erwarten. Und was ihnen unter einer Faszistendiktatur blühen würde, das zeigen die Vorgänge in Italien, wo man unbekümmert um die „wohlerworbenen" Rechte die Staatsbediensteten in Massen auf die Straße setzte.

Der einzige Ausweg aus der Verelendung auch für die große Masse der unteren und mittleren Beamten ist die Durchsetzung einer **Arbeiter- und Bauern-Regierung.** Sie ist eine Regierung aus allen Schichten des **arbeitenden Volkes,** also auch aus den Vertretern der unteren und mittleren Beamten. Sie wird die sozialen Rechte dieser Beamten nicht aufheben, sondern sie ausbauen, sie auch auf die **Angestellten und Arbeiter ausdehnen.** Denn jeder Arbeitende hat Anrecht auf eine **gesicherte Existenz,** auf eine ausreichende **Altersversorgung,** auf **Schutz seines Einkommens** und seines bißchen Hab und Gut vor der Geldentwertung. Die Mittel dazu wird die Arbeiter- und Bauern-Regierung durch die **Erfassung der Sachwerte, Wegsteuerung der großen Gewinne durch eine Zwangsanleihe für die Besitzenden** beschaffen. Die **Kontrolle der Produktion und Preise** zusammen mit der Sachwerterfassung werden die Wertbeständigkeit **des Einkommens** wirklich sichern. Nicht nur die Beamten der produktiven Betriebe, sondern auch die Verwaltungsbeamten werden bei der Ausführung dieser Maßnahmen eine hervorragende Rolle spielen.

Die Beamtenräte müssen zusammen mit den Betriebsräten die weitestgehenden Vollmachten erhalten, um die Sabotage und den Widerstand der Kapitalisten und der hohen Bureaukratie zu brechen. Nicht mehr Herkunft und Protektion werden ausschlaggebend für den Aufstieg der einzelnen sein, sondern einzig und allein die Befähigung und der gute Wille, mit Leib und Seele der Sache des Proletariats zu dienen, von dem diese Beamtenschichten selbst nur ein Teil sind.

Die **Arbeiter- und Bauern-Regierung** wird die republikanisch gesinnten Beamten der Schutzpolizei nicht auf die Straße setzen, wie die Ebert-Republik, sie wird das reaktionäre Offizierskorps zum Teufel jagen. So werden alle Teile der Beamtenschaft wichtige Funktionen beim Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft ausüben. Sie werden zusammen mit den breitesten Volksmassen die aus ihrer Mitte hervorgegangene Regierung unterstützen und sichern und die Existenz ihrer selbst und des ganzen arbeitenden Volkes gegen die Vernichtungspläne der in- und ausländischen Kapitalisten mit Erfolg verteidigen.

*

Was die Beamten von den sozialdemokratischen Koalitionsministern zu erwarten haben

Im Zentral-Witzorgan der Sozialdemokratischen Partei, im „Wahren Jakob", war vor kurzer Zeit folgender „Witz" zu finden:

Schwere Sorge.

„Auch wir Beamten haben unsere Sorgen. Wie plagt mich zum Beispiel täglich der Gedanke, ich könnte mal zu früh zum Dienst kommen."

Wir glauben, zu dieser Verhöhnung der Beamtenschaft durch die Sozialdemokratische Partei keinen weiteren Kommentar liefern zu brauchen. **Jeder Beamte wird einsehen, daß „Beamtenvertreter" dieses Kalibers auf dem schnellsten Wege davongejagt werden müssen.**

Arbeiter-Sport

Um die Kreismeisterschaften im Gewichtheben und Ringkampf des 5. Kreises des AAB. stehen sich am Sonntag, dem 26. August, im Stadion Achilles von 1890, Halle, Holzweißig und Großörner gegenüber. Da alle 3 Vereine über sehr gute Gewichtheber verfügen, ist sehr guter Sport zu erwarten. Achilles muß alles daran setzen, um als Sieger hervorzugehen. Germania-Felsenfest wird sich mit seiner altbewährten Ringermannschaft von Großörner oder Mücheln den Sieg nicht streitig machen lassen. Beide auswärtige Vereine verfügen über sehr gute Ringer. Außerdem treten sich im Handballspiel Achilles und Wörmlitz gegenüber. Ein Fußball-Städtespiel Halle-Merseburg vervollständigt das Programm. Alles Nähere wird durch Plakate bekanntgegeben. Bei schlechter Witterung finden die Kämpfe im „Goldenen Hirsch" statt.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Serienspiele für Faustball am 26. August: In Halle: vormittags 8 Uhr: Radewell 2.—Bruckdorf (Dieskau); 8.45 Uhr: Halle 1.—Dieskau (Bruckdorf); 9.30 Uhr: Radewell 2.—Dieskau (Halle); 10.15 Uhr: Halle 1.—Bruckdorf (Radewell); 11 Uhr: Halle 1.—Radewell 2. (Dieskau); nachmittags 1.30 Uhr: Nietleben 2.—Reideburg 1. (Halle); 2.15 Uhr: Kanena—Passendorf (Halle); 3 Uhr: Halle 2.—Reideburg 1. (Kanena); 3.45 Uhr: Halle 2.—Passendorf (Reideburg); 4.30 Uhr: Kanena—Reideburg 1. (Passendorf). In Nietleben: vormittags 8 Uhr: Nietleben 1.—Ammendorf 1. (Radewell); 8.45 Uhr: Nietleben 1.—Radewell 1. (Ammendorf); 9.30 Uhr: Hohenthurm—Radewell 1. (Nietleben); 10.15 Uhr: Hohenthurm—Ammendorf 1. (Radewell); 11 Uhr: Ammendorf 1.—Radewell 1. (Nietleben); 11.45 Uhr: Hohenthurm—Nietleben (Ammendorf). In Ammendorf: vormittags 9 Uhr: Nietleben 2.—Ammendorf 2. (Reideburg); 9.45 Uhr: Reideburg 2.—Ammendorf 2. (Nietleben); 10.30 Uhr: Reideburg 2.—Nietleben 2. (Ammendorf); 11.15 Uhr: Naundorf 1.—Ammendorf 2. (Reideburg). In Reideburg: nachmittags 2 Uhr: Nietleben Jugend—Halle Jugend (Reideburg); 2.45 Uhr: Reideburg Jugend—Halle Jugend (Reideburg); 3.30 Uhr: Nietleben Jugend—Reideburg Jugend (Reideburg). In Zwintschöna: nachmittags 3 Uhr: Zwintschöna Jugend—Kanena Jugend (Zwintschöna). **Es mußte in der Folge des Spielplanes die kleine Aenderung eintreten und Vormittagsspiele in Halle stattfinden.** Dafür werden die Spiele, die nächsten Sonntag in Halle stattfinden sollen, in Dieskau ausgetragen. An Stelle Zwintschöna 1. spielt am 2. September Peißen. Die Spielresultate müssen sofort dem Gruppenspielleiter zugestellt werden. Um unnötigen Beanstandungen und Protesten vorzubeugen, hat der Anschreiber die Punkte und Fehler seiner Partei laut anzusagen. Zu diesem Zwecke müssen die Vereine sich die Spielformulare des Arbeiter-Turn- und Sportbundes anschaffen. Jede Mannschaft hat vor Beginn des Spieles dem Schiedsrichter ein Formular zu übergeben, desgleichen hat jede Mannschaft einen wettspielfähigen Ball mitzubringen. Pünktliches Antreten ist notwendig, damit keine Stockung im Spielbetrieb erfolgt und unnötiges Warten der Mannschaften vermieden wird.

Fichte-Halle (Fußballabteilung). Sonntag, den 26. August, finden auf dem Fichteplatz (Mansfelder Straße) folgende Spiele statt: ½3 Uhr: Groß-Kanna 2.—Fichte 2.; ½5 Uhr: Groß-Kanna 1.—Fichte 1. Beiden Vereinen geht ein guter Ruf voraus. Ein guter Sport ist jedem Interessenten gesichert. Mittwoch abend 6 Uhr Training auf dem Platze. Anschließend wichtige Sitzung aller Spieler. Die Sportgenossen Karl Beier und Arno Fuchs (Teicha) haben sich einzufinden.

Ballspielklub Giebichenstein. Spielresultate: Ballspielklub 1. schlug Sportlust 1. mit 1 : 0. Bis zur Halbzeit wurde das Spiel scharf, aber immer noch in erlaubten Grenzen durchgeführt. Als Ballspielklub nach Seitenwechsel in Führung ging, versuchte Sportlust mit allen Mitteln gleichzuziehen und zeigte eine rohe Spielweise. Der Schiedsrichter mußte deshalb drei Mann vom Spielfeld weisen. Sportlust hinterließ keinen guten Eindruck. Ballspielklub 2.—Sportlust 2. mit 0 : 7; Ballspielklub 3.—Sportlust 3. mit 0 : 2; Ballspielklub Jugend—Ammendorf Jugend mit 1 : 4. — Spiele am Sonntag auf der Peißnitz. ½2 Uhr: Ballspielklub 2.—Gröbers 2.; 3 Uhr: Ballspielklub 1.—Gröbers 1.; ½5 Uhr: Ballspielklub 3.—Gröbers 3. Auf den Brandbergen um 11 Uhr: Ballspielklub Schüler—VfB. Lettin; ½2 Uhr: Ballspielklub Jugend—Teutonia Jugend. Freitag 7 Uhr: Schüler- und Jugend-Versammlung. 8 Uhr: 1. bis 3. Mannschaftssitzung. Alle Sportgenossen müssen erscheinen. Bei unentschuldigtem Fehlen erfolgt Nichtaufstellung.

Zörbiger Sportklub von 1907. Suchen für Sonntag, den 26. August, Spiele für unsere erste und zweite Elf in Halle. Zuschriften sind sofort an Paul Harnisch, Zörbig, Radegaster Straße 36, zu senden.

Sportsfreunde

Beim nächsten Bedarf von Drucksachen denkt an die Druckerei des „Klassenkampf", Halle, Lerchenfeldstr. 14; sie liefert Statuten, Programme, Mitteilungsblätter, Karten usw. schnell, gut und preiswert. Fernruf Nr. 2251

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für **Anzeigen:** Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230822-14/fragment/page=0005

Leben * Wissen * Kunst

Siavus

1] Siebzehn Geschichten von **Maria Szucsich**
Aus dem Ungarischen nacherzählt von **Stefan J. Klein**

Die Geburt des Siavus

In jenen Zeiten, da Achmed, der grausame Schah, auf dem Throne seiner Väter saß, öffnete eines Tages um die Mittagsstunde die Sonne den Mund und sprach zum Erstaunen aller:

„In Deinem Lande, Achmed, wird mein Bruder geboren werden. Während Du ein Tyrann Deines Landes, der Blumen und Bäume, der Menschen und Tiere warst, wird mein Bruder ein guter Freund aller sein, denn zusammen mit ihm wird die fruchtbare Erneuerung geboren. Dein Schicksal — o Schah — wird aus ihm hervorsprießen, denn das Schicksal der Väter liegt in den Händen der Söhne."

Die Menschen warfen sich zur Erde, der Schah jedoch zog trotzig die Seidenvorhänge zusammen und sperrte so die wahrsagende Sonne aus.

Am nächsten Tage wurde der Bruder der Sonne geboren. Der Schah betrachtete den Neugeborenen, der Worte gedenkend, die noch mit lebendiger Kraft in ihm lebten. Da trieb die Nacht den Mond auf den Himmel. Der Mond blickte durchs Fenster zum Schah herein, grüßte ihn mit kaltem und spöttischem Gesicht:

„Schah, Herr und Gebieter über alles! Was geschah mit Dir? Feige Blässe bedeckt Dein Gesicht."

Der Schah erzählte dem Mond die Botschaft der Sonne, sprach dann:

„Erhielt ich denn nicht von Gott die Macht, die nun durch mein eigenes Kind vernichtet werden soll?"

Gleich kalten Stacheln bohrte der Mond seine Worte dem Schah ins Herz:

„Deine Macht fußt darauf, daß das Volk Dich für besser hält, als sich selbst! Sei auf der Hut, denn der Bruder der Sonne wird dem Volk die eigenen Leiden, seine Irrtümer und den rechten Weg zeigen, er wird seine Füße einfach Füße nennen, nicht aber erhaben, wird seine Hände, sein Herz, sein Gehirn und seinen Magen einfach Hand, Herz, Gehirn und Magen nennen, nicht aber erhaben und hoheitsvoll, wie Du die Deinen! Dein Sohn wird das Volk Bruder nennen und das Volk wird erfahren, daß es unter den Menschen keinen Unterschied gibt. Die Zeit wird Deine Macht fortfegen und, wenn Du nicht gehorchst, auch Dich."

Der Schah erschauderte vor seiner Zukunft und dachte darüber nach, was er tun könnte, um seine Macht zu behaupten.

„Mond, Du kühler Denker! Befreie mich vom Bruder der Sonne!"

Der Mond antwortete nicht, seine Sichel war immer schmäler geworden und verschwand schließlich ganz, doch blieben seine Strahlen, die Grausamkeit seiner Seele, im Herzen des Schahs zurück. Der schlich sich in das Zimmer seines kleinen Sohnes, stahl ihn der Mutter, legte ihn vor das Tor seines Palastes und überließ das Kind dem Schicksal.

Jussuf, der Ziegenhirt, kam an dem Palast vorbei, fand hier den Säugling und nahm ihn in die Berge mit, um ihn dort großzuziehen. Die Gebirgler gaben dem Findling den Namen Siavus.

So lebte Siavus jahrelang in den Bergen, ohne um seine Abstammung zu wissen. Und hier lernte er auch den Zauberer kennen, der ihm den wiederbelebenden Balsam gab.

Eines Tages sprach zu Siavus der Ziegenhiert:

„Geh, mein Sohn, erprobe das Leben, denn wer das Leben nicht erprobt, lebt überhaupt nicht."

Siavus zog mit seinem wundertätigen Balasm in die Welt hinaus. Er begab sich in die Stadt, um Arbeit zu suchen. Lungerte hier und dort herum, bewunderte den Marmorpalast des Schahs und die vielen Türme aus reinem Gold. Betrachtete staunend die Reichen, die fröhlich oder zornig plauderten und stritten, neben ihren mit Kostbarkeiten geschmückten Kameelen oder Rossen. Und nicht minder staunte er über die zahllosen Zerlumpten, die wortlos hungerten und ihr Elend nicht einmal mit dem Wohlleben der Kamele der Reiche verglichen. Siavus folgte den Armen, die im Schatten der Berge in niedrigen Hütten wohnten. Von da an lebte er unter ihnen, verschwand von Zeit zu Zeit und kehrte dann wieder zurück. Und dann versammelte Siavus die Bewohner der Hütten und erzähle ihnen:

Das Märchen vom Wankelmütigen

„Aus dem Palast des Schahs trat ein mit duftenden Oelen gesalbter hoher Würdenträger. Ich bat ihn, er möge mich in seinen Dienst nehmen. Er tastete meine Muskeln ab, besah sich meine tadellosen Zähne und sprach:

„Wenn Du meine Launen ertragen kannst, komm mit."

Ich folgte dem Herrn in sein Haus. Er war ein reicher Mann und, wie ich später erfuhr, der erste Minister des Schahs. Es ging mir bei ihm nicht schlecht, ich hatte nur Gräber zu schaufeln.

„Du schaufeltest Gräber?" — fragten die Zuhörer.

„Ja. Allabendlich ging ich mit meinem Herrn zum Palast des Schahs, wo er auf jemanden wartete. Viele schritten an uns vorbei, doch wartete mein Herr stets auf einen ihm ähnlichen Menschen. Erschien dieser, so zückte mein Herr das Schwert, der Fremde tat das gleiche, und es entspann sich zwischen ihnen ein wilder Zweikampf. Viele sahen zu, doch mischte sich niemand ein. Schließlich erstach mein Herr den ihm ähnlich sehenden Mann und sprach dann zu mir:

„Siavus, begrabe den tollen Hund!"

Ich schleppte den Leichnam auf den Friedhof, schaufelte ein Grab und bestattete den Getöteten.

„Und wer waren jene, die Dein Herr tötete?" — fragten die Bewohner der Hütten.

Auch ich fragte dies meinen Herrn, und er antwortete jeden Tag:

„Siavus, ich habe mich getötet!"

„Wie ist das möglich? Du lebst ja!"

Doch wiederholte er:

„Siavus, ich habe mich getötet."

Da packte mich gar große Neugierde und bei der nächsten Gelegenheit, als ich ihn wieder auf seinem nächtlichen Weg begleitete, schleppte ich auf dem Friedhof die Leiche beiseite und betrachtete mir beim Lichte meines Lämpchens das Gesicht. Und wahrhaftig, der Mann, den er getötet hatte, war das genaue Ebenbild meines Herrn, bis auf den Unterschied, daß jener in seinen Zügen den Ausdruck unverkennbarer Ruchlosigkeit hatte, derweil dieser ein gütiges Gesicht sein eigen nennen konnte. Ich begrub den Toten und ging nach Hause. Der Minister lag auf den Kissen und schlief. Ich weckte ihn auf:

„Mein Herr" — sprach ich — „es ist nicht recht von Dir, hier zu schlafen, während ich Dich gerade vorhin mit eigenen Händen begrub."

„Gut, schon gut" — erwiderte er — „sei mir nicht böse, doch ist noch nicht ganz an mir die Reihe. Wenn es jedoch noch lange so währt, werde auch ich schließlich zugrunde gehen."

„Herr, ich möchte Dir gern helfen, denn niemand hilft Dir und allein bist Du nicht stark genug dazu. Sicherlich hält Dich ein böser Zauberer in seinem Bann, und deshalb bist Du gezwungen, Dich Tag für Tag immer wieder und immer wieder zu töten."

„Du kannst mir nicht helfen, mein Diener Siavus!"

Und den nächsten Tag gingen wir wieder auf die Jagd. Mein Herr preßte sich an die Mauer, lauerte so. Es währte nicht lange, da stand auch schon das eigene Ebenbild vor ihm. Mein Herr zückte den Säbel, doch war auch der andere nicht müßig, und es entspann sich ein furchtbarer Kampf. Schon glaubte ich fast, daß mein Herr unterliegen werde, als das Ebenbild tot zu Boden stürzte. Mein Herr warf sich, gegen seiner Gewohnheit, über den Leichnam und schluchzte bitterlich. Ich vermochte ihn kaum von dem Leichnam zu trennen.

„Tu ihm alle Ehre an" — sprach er zu mir — „errichte einen hohen Scheiterhaufen und legte ihn darauf. Zieh' ihm die Kleider aus, denn sie beschmutzen nur seinen schönen, reinen Körper."

Ich schaffte den Leichnam fort und ehe ich ihn auf den Scheiterhaufen legte, betrachtete ich ihn beim Mondschein. Er hatte ein hartes und trotziges, doch gutes und redliches Gesicht. Auch ich selbst brach bei seinem Anblick in Tränen aus. Ich wollte den Scheiterhaufen in Brand stecken, aber dieser fing nicht Feuer. Und so kehrte ich denn heim. Mein Herr saß am Tisch und goß einen Becher Wein nach dem andern hinunter. Er schrie mich grob an:

„Pack Dich von hier, Siavus!"

Ich staunte sehr über seine Rede, und da sagte er noch:

„Bezahlung bekommst Du von mir keine, einer solchen Gerechtigkeit bin ich nicht mehr fähig."

„Ich begehre auch gar keine Bezahlung, sag mir bloß, wen ich am ersten Tage begraben habe?"

„Am ersten Tag fällte ich auf Befehl des Schahs und aus eigener Schwäche ein ungerechtes Urteil. An diesem Tag tötete ich in mir die Grausamkeit. Sie verdiente, getötet zu werden."

„Wen begrub ich am zweiten Tag?"

„Ich verheiratete meine Lieblingstochter gegen ihren Willen und auf Befehl des Schahs. Mein unerbittlicher Ehrgeiz war es, den ich tötete."

„Und wen begrub ich noch?"

„So oft ich auf Befehl des Schahs und aus eigener Feigheit Schlechtes tat, litt ich bitterlich, denn ich wußte, daß alles nur von mir abhängt. Jeden Abend tötete ich in mir das Schlechte. Ich hielt schon fast soweit, daß ich zu einem guten Menschen geworden wäre und mich der Schah für seine Rechtspflege nicht mehr hätte brauchen könnnen. Ich mußte wählen."

„Und wen begrub ich als letzten?"

„Ich tötete den Richter, mein Gewissen, meinen Mut zum Guten. Und jetzt bin ich der erste Würdenträger des Schahs."

Er warf mir seinen Becher an den Kopf. Ich verließ traurig das Haus und hörte am nächsten Tag, daß er eine hohe Auszeichnung bekommen habe.

Ich aber hob den Toten vom Scheiterhaufen, schlug ihm den Kopf ab und nagelte diesen an eine Stange, die gegenüber vom Fenster des Schahs emporragte. Als der Schah erwachte, schaute er zum Fenster hinaus und erblickte den abgeschlagenen Kopf. Er erkannte sofort seinen ersten Minister, stürzte in den Gesetzgebersaal und ernannte einen neuen ersten Minister.

Da mein gewesener Herr vor dem Palast ankam, gewährte ihm der Wachtposten keinen Einlaß, sondern zeigte auf die Stange und sagte:

„Du kannst nicht Du sein, ist doch Dein Kopf an die Stange genagelt!"

Den andern packte große Wut und er wollte gewaltsam in den Palast eindringen. Der Schah vernahm den Lärm, kam mit seinem neuen ersten Minister vor den Palast.

„Was willst Du hier?" — fragte er den Tobenden.

„Bin denn nicht ich Dein erster Minister?"

Der Schah wies drohend auf die Stange:

„Wessen Kopf an jene Stange genagelt ist, der kann nicht mein Minister sein. Der kann wohl ein Toter sein, aber kein Toter kann zu einem Lebendigen werden!"

„Erhabener Schah" — flehte der Minister — „um Deinetwillen habe ich mich verraten, um Deinetwillen tötete ich den andern!"

„Weder der andere lebt, noch Du lebst. Wirklichkeit ist nur Dein Wankelmut. Wer versichert mir, daß ein Feigling wie Du nicht eines Tages den tötet, der jetzt vor mir steht, und nicht jenen Toten auf der Stange zu neuem Leben erweckt?" — sprach der Schah und verschwand in seinem Palast. Er ließ die Tore verschließen, damit ihm der Minister nicht folgen könne. Dieser stürzte sich auf mich, wollte mich wegen des an die Stange genagelten Kopfes töten, doch schlug ich ihm das böse Haupt ab, nahm dann den Kopf von der Stange, setzte diesen an die Stelle des bösen Hauptes. Dann rieb ich ihn mit dem lebenspenden Balsam ein und davon erwachte er zu neuem Leben. Und von dieser Stunde an war er die Gerechtigkeit selbst, und in nicht minderem Grade der Mut zum Guten."

Die Bewohner der Hütten fragten Siavus:

„Lieber Märchenerzähler, wie sollen wir Dein Märchen deuten?"

„Deutet es so: Unter den aus Gut und Böse gekneteten Menschen gibt es Wankelmütige, denen niemand hilft. Die Macht des Schahs bevorzugt nur die im Bösen Beständigen. In meinem Märchen versinnbildlicht der Schah jene Macht, die die Wankelmütigen fortjagt, sobald sie ihrer nicht bedarf, aber die im Bösen Beständigen behält. Und ich war der, der da zeigte, daß man den Mut zum Guten erwecken könne und daß dann dieser den Platz des im Bösen Mutigen einnimmt." (Fortsetzung folgt.)

Der neueste Schwabenstreich in der deutschen Revolution

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Am Montag, dem 13. August, war in Stuttgart eine große Massendemonstration der Gewerkschaften. Die reformistischen Führer wollten zu den Massen sprechen. Diese aber jagten sie zum Teufel und forderten Kommunisten als Redner. Unsere Genossen sprachen. Ein gewaltiger Demonstrationszug wälzte sich durch die Stadt.

Die Demonstranten hatten stürmisch die Betriebsrätevollversammlung gefordert. Die kommunistischen Redner hatten versprochen, sie sofort einzuberufen. Am Dienstag erschien in der Zeitung die Einladung zur Betriebsrätevollversammlung zum Mittwochnachmittag 5 Uhr und zur Mitgliederversammlung der KPD. um 8 Uhr abends, beide im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Am Mittwochvormittag erscheinen prompt die Proklamationen der vereinigten Einheitsfront gegen das Proletariat. Der Ortsausschuß des ADGB., der Landesvorstand der VSPD. und die faszistische Regierung erklärten jeder für sich und alle drei miteinander den Bannfluch über die Arbeiterschaft. Von der Presse und von den Plakatsäulen leuchteten die Bannstrahlen gegen die teuflischen Kommunisten. Aber an den Türen der Bureaus der reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten und in den Ministerien der Regierung befanden sich Aufschriften: „Geschlossen!" Das war der erste Schwabenstreich der tapferen Männer der Dreieinigkeit.

Doch die also blamierten Helden gedachten blutige Rache an den „Unruhestiftern" zu nehmen und das gab dann den größten Schwabenstreich, den man je erlebte und den heute das ganze Schwabenvolk herzlich belacht, das schon an manche tolle Streiche gewöhnt ist, aber so was noch nie erlebt hatte.

Zuerst ein Telephongespräch zwischen Ministerium des Innern und Bureau der KPD.: „Ich bin beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß die auf 5 Uhr heute abend ins „Gewerkschaftshaus" einberufene Vollversammlung der Betriebsräte und die auf 8 Uhr heute abend einberufene Mitgliederversammlung Ihrer Partei verboten sind und durch Polizeigewalt am Abhalten gehindert werden!" Antwort: „Sagen Sie Ihrem Auftraggeber: Die Kommunisten lassen sich nichts verbieten, die angekündigten Veranstaltungen finden statt!" Schluß.

Abends ½7 Uhr. Vor dem Gewerkschaftshaus Menschenansammlung, Arbeiter, Straßenpassanten, die auf Beschluß der Vollversammlung der Betriebsräte harren. Da plötzlich kommen vom Olgaplatz her und von der entgegengesetzten Seite vom Nikolai-Kirch-Platz, die ganze Straßenbreite einnehmend, beststahlhelmte Polizeitruppen mit aufgepflanztem Bajonett, Gummiknüppel, Handgranaten im Gürtel im Laufschritt an, prügeln blindlings auf jeden und alle ein, die sich gerade auf der Straße befinden, auf Frauen, Männer und Kinder. Rechts und links auf den Bürgersteigen und mitten auf den Straßen bewußtlos geprügelte Männer und Frauen. Fürchterliches Geheul, Gedränge und Spektakel. Die Menschen flüchten in Häuser und in die Nebenstraßen. Auch dorthin werden sie verfolgt von den sichtbar mit Alkohol begeisterten Prügelknechten. Hinter den prügelnden Polizeilinien folgen Lastautos mit Stacheldraht und dahinter leere Autos zum Verladen der Betriebsräte und Kommunisten. Sobald die Straßen „gesäubert" waren, wurden sie mit Stacheldraht nach allen Seiten hin abgesperrt, so daß von den gefährlichen Gesetzverächtern keiner entrinnen könne. Nach dieser mühseligen Arbeit begann der Sturm auf das „Gewerkschaftshaus". Mehr als hundert republikanische Vaterlandsverteidiger quälen sich damit ab, die verschlossenen Saaltüren, die verschlossenen Bureaus der Gewerkschaften usw. gewaltsam aufzusprengen. — Aber welche Enttäuschung! Nirgends waren die Betriebsräte zu finden! Mit langen Gesichtern mußten sie wieder abziehen, was ihre Wut nach dem reichlichen Alkoholgenuß aber um so mehr steigerte. Mit der ersten Blamage hatten sie nicht genug, es mußten weitere folgen.

Drahtverhaue und spanische Reiter werden wieder aufgeladen. Inzwischen kam vom Kommando Nachricht, die Versammlung ist in Dinkelackers Saalbau. Nun geht es im Eiltempo dorthin. Dort auf den Straßen die gleiche Schlacht. Nur sind es hier keine Arbeiter, die verprügelt werden, sondern das honette Bürgertum. Wahllos, alles, was in die Quere kommt, bekommt den Polizeiknüppel zu spüren. Immer feste druff — im Suff! Stacheldraht — spanische Reiter: die „Ordnung" der Straße ist hergestellt. Dann Sturm auf die Brauerei Dinkelacker. Sämtliche verschlossenen Saaltüren werden erbrochen. Jetzt ran an die Staatsfeinde! Da — wieder gähnende Leere. Kaum ist dies Werk getan, da kommt Nachricht vom Polizeiamt, die Versammlung ist in Franks Saalbau. Jetzt geht es im rasenden Tempo dorthin, diesmal sollen die Halunken nicht entweichen. Dieselben Straßenkämpfe, dieselben Einbrüche, der gleiche Erfolg und schon wieder Nachricht für das nächste Ziel der Betätigung: Kaltental! Dort wieder die gleiche Komödie.

Des Rätsels Lösung

Hoch oben in luftigen Waldeshöhen, in einem bekannten Ausflugsort, tagen die weit über 1000 Betriebsräte, hören die Berichte aus dem Reiche und beraten die Dinge, die sie selbst angehen. Trotz der Hetze der „Tagwacht" sind die sozialdemokratischen Betriebsräte vollzählig mit den kommunistischen Kollegen anwesend. Eine fast endlose Kette von Verbindungsleuten der „verbotenen" Hundertschaften halten die Verbindung mit der Stadt und berichten alles, was dort unten an Aufregendem und Aufsehenerregendem vorgeht. Wenn von Zeit zu Zeit ein neuer Sturm auf ein anderes Ueberfallobjekt gemeldet wird, durchbraust ein Jubel den geräumigen Saal. Zuerst lauten die Meldungen, daß die Polizeitruppen immer weiter vom Versammlungsort sich ziehen, was unter den Betriebsräten helles Vergnügen auslöst. Jetzt kommen aber beunruhigende Nachrichten: „Die Polizei kehrt von Kaltental zurück!" „Sie sind schon am Wilhelmsplatz!" „Sie müssen Wind haben, wo wir sind!" so geht es durch den Saal. Starke Erregung. Der kommunistische Redner am Pult lächelt — er scheint mehr zu wissen. Endlich kann er sich wieder Gehör verschaffen. „Genossen! Keine Angst. Die Polizei macht heute nur das, was wir ihr vorschreiben. Sie geht nur dorthin, wohin wir sie bestellen." (Große Heiterkeit und Jubel.) Der Redner zieht die Uhr aus der Tasche und fährt fort: „Jetzt ist es ein Viertel nach 8 Uhr. Jetzt stürmt die Polizei die Brauerei Wulle! (Erneute Heiterkeit und Beifall.) Da muß sie eben die eineinhalb Stunden Weg von Kaltental bis zu Wulle im sehr raschen Tempo machen, denn unser Befehl an sie lautet: Punkt ¼9 Uhr bei Wulle! Wir haben heute noch viel vor. Um 9 Uhr muß die Polizei zum zweiten Male das „Gewerkschaftshaus" stürmen und muß dort die Kommunistenversammlung ausheben, die nachher hier im Lokal stattfindet. Die Kommunisten werden sofort ein anderes Lokal suchen müssen, denn auf ¾10 Uhr ist die Polizei hierher bestellt, und sie wird bestimmt kommen — wenn es auch schwer fällt, den steilen Berg herauf! (Große Heiterkeit.) Um 11 Uhr erfolgt der dritte Sturm auf das „Gewerkschaftshaus". Das ist das Programm, das wir der Polizei vorgeschrieben haben, und sie wird unsere Befehle ausführen! (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Sonst hol sie der Teufel! (Große Heiterkeit.) Bolz will mit der Polizei regieren, wir wollen ihr Beschäftigung geben. Die Polizeiaktion hat sich morgen totblamiert!" (Großer Beifall und Singen der „Internationale".)

Und in der Tat, genau was oben im Walde der Redner sagte, hat unten die Polizei durchgeführt. Um 9 Uhr wurde das „Gewerkschaftshaus" zum zweiten Male gestürmt. Statt in die Versammlung der Kommunisten geriet sie hierbei in die Generalversammlung der Naturfreunde, die auseinandergeprügelt wurde. Und in allen Bevölkerungsschichten stieg die Wut gegen die Polizei und gegen die so „starke" Regierung ins Unermeßliche. Alle hatten sie Hiebe bekommen im Lande des Herrn Hieber — so heißt der schwäbische Staatspräsident, der schlaue und tapfere Schwabe. Aber am nächsten Tag lachte die ganze Stadt, lachte das ganze Land. Vom Bodensee bis an den Main ein Sturm des Lachens über die Dummheit der Schwabenpolizei in ihrem Kommunistenkoller. Es war ruchbar geworden, daß der Kommunistentöter von den Kommunisten so toll zum Besten gehalten wurde, daß er schleunigst seine so bis auf die Knochen blamierte Polizei zurückzog. Und in der Tat sah man von der Stunde an keinen Polizeisoldaten der Landespolizei mehr auf den Straßen, die noch ein Tag zuvor zahlreicher waren als die Bevölkerung. Wenn Lächerlichkeit töten würde, wäre die ganze schwäbische Staatsmacht gestorben. Aber so leben sie heute noch.

Die Muselmanen Turkestans erhalten ihren Koran wieder. Das Volkskommissariat für Nationalitäten ist vom Bundes-Zentralexekutivkomitee beauftragt worden, den Muselmanen Turkestans das seinerzeit von der Zarenregierung aus Turkestan nach Petersburg entführte kostbare Exemplar des Korans zurückzuerstatten. (Ost-Expreß.)

Ein weiblicher Operndirigent in Moskau. Die junge russische Pianistin E. Slawinskaja hat kürzlich im Karl-Liebknecht-Volkshaus zu Moskau an Stelle des plötzlich erkrankten Dirigenten die Leitung einer Oper übernommen und nach dem Urteil der Moskauer Kritik sich ihrer schwierigen Aufgabe mit Erfolg bei Orchester und Publikum entledigt. Das Auftreten des Fräulein Slawinskaja ist der erste Fall der Ausübung des Dirigentenberufs durch eine Frau in Rußland.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230822-14/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 16.—31. Aug. 385 000 M., durch die Post 385 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg GmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 44000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 200000 M. für Reklame, ausch. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 45. Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 30 000 Mk. | Mittwoch, den 22. August 1923 | 3. Jahrgang Nr. 195

Kommunismus und deutsche nationalistische Bewegung

Von Karl Radek

II

Die Klassengegensätze in Deutschland und das Schicksal Deutschlands

Die Gruppe „Das Gewissen" und Graf Reventlow treten an die von uns aufgeworfenen Fragen vom außenpolitischen Standpunkt heran. Das ist verständlich, weil sie überhaupt vom Standpunkt der äußeren Gefahren, von denen Deutschland bedroht ist, zur Frage des Verhältnisses der nationalistischen Kreise zur Arbeiterklasse gelangt sind. Die Frage der deutschen Revolution steht für sie nicht als die Frage des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse gegen die bisher in Deutschland herrschenden Schichten, sondern als die Frage, inwieweit die Revolution die Stellung Deutschlands unter den Völkern schwächen oder stärken kann. Die soziale Frage hat in ihren Augen untergeordnete Bedeutung. Wir sind der Ueberzeugung, daß dies ein unrichtiger Ausgangspunkt ist.

Die deutsche Niederlage im Weltkriege ist gewiß eine Tatsache, die nicht nur die Psychologie breiter Kreise beherrscht, sondern die auch objektiv in der einschneidendsten Weise das soziale Kräfteverhältnis in Deutschland beeinflußt. Aber sie ist keinesfalls das Entscheidende in der Entwicklung seit dem Kriege. Die moderne Weltgeschichte kennt eine ganze Reihe von Fällen, wo große Nationen von der größten Höhe ihrer Macht und ihres Einflusses herabgesunken sind. Der Aufstieg und der Niedergang Spaniens, der Aufstieg und der Niedergang Hollands, der mehrfache Auf- und Niedergang Frankreichs — sie haben in dem Rahmen der modernen Geschichte nichts geändert an der Ausbreitung des Kapitalismus, oder, um mit den englischen Oekonomen und Philosophen zu sprechen, der modernen Zivilisation. Das neue, was der Krieg gebracht hat, ist die russische proletarische Revolution, ist das Erscheinen des ersten Staates, der nicht von der Bourgeoisie und den Junkern beherrscht ist, sondern der die Epoche der Herrschaft der Arbeiter einleitet. Alle Rückschläge, alle momentanen Zickzacke, die die Geschichte noch machen kann, ändern nichts an der Tatsache:

Mit der Oktoberrevolution in Rußland beginnt eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte.

Wie auf die Periode des Feudalismus die des Kapitalismus gefolgt ist, so folgt auf die Periode des Kapitalismus die Periode, in der die arbeitenden Massen die Gesellschaft zu modeln beginnen auf sozialistischem Boden, auf dem Boden der Beherrschung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft. Die russische Revolution wurde nicht nur zum Ansporn der Arbeiterbewegung in anderen Ländern, sondern sie wurde zum Zentrum dieser Bewegung. Mag die bürgerliche Presse und mögen die bürgerlichen Politiker mit der Oberflächlichkeit, die sie charakterisiert, das dem Einfluß der russischen Agitation und dem russischen Gelde zuschreiben. Männer, die verlangen wollen, daß man sie geistig ernst nimmt, können natürlich diese Erklärung nicht akzeptieren. Soll doch die deutsche Bourgeoisie, soll doch der deutsche kapitalistische Staat versuchen, mit seinem Gelde, mit seiner Agitation eine ähnliche internationale Bewegung um sich schaffen. Sie würde ihnen sehr von nöten sein. Sie können es nicht. Der englische und amerikanische Kapitalismus sind eine gewaltige Macht. Nicht nur durch die Macht ihres Geldes, sondern auch durch die Macht ihrer Presse, ihrer Verbindungen wirken sie in der ganzen Welt für ihre Sache. Mögen englische und amerikanische Arbeiterführer, bewußt oder unbewußt, die Sache des englischen und amerikanischen Imperialismus vertreten, eine Bewegung zur Unterstützung der amerikanischen und englischen Regierung können sie in der Welt nicht schaffen. Und diese einfache Tatsache müßte jedem denkenden deutschen Nationalisten sagen: das Verhältnis zu der Klasse, die der Träger einer neuen Gesellschaftsperiode ist, ist keine untergeordnete, es ist die Frage der Deutschen, die, erschüttert durch den Zusammenbruch ihres Vaterlandes, sich fragen: Was weiter? Wie sollen wir kämpfen, in welchem Rahmen und wofür?

Aber sogar, wenn man vom außenpolitischen Standpunkt an die Fragen herantritt, darf man sie nicht in dieser kühlen, oberflächlichen Weise behandeln, wie es die Gruppe „Das Gewissen" und Graf Reventlow tun. Was sagt die Gruppe „Das Gewissen", was sagt Graf Reventlow? Sie wollen gegen die Kapitalisten kämpfen, die aus materiellen Interessen Deutschland verraten, sich mit den französischen und englischen Kapitalisten verbinden. Aber sie lehnen die Klassentheorie ab, sie lehnen ab, auf die Hilfe der Kapitalisten beim Wiederaufbau Deutschlands zu verzichten, weil man ohne Persönlichkeiten und wirtschaftliche Initiative Deutschland nie restaurieren könne. Nun, wir wollen nicht über Theorien streiten. Wir wollen an der Hand der Tatsachen einen kleinen

Kursus deutscher Wirtschaftskunde

mit unseren Opponenten durchgehen.

Wir wollen feststellen, daß sie gegen die Gruppen des deutschen Kapitals kämpfen wollen, die die deutsche Wirtschaft ans Ausland ausliefern. Gut! Wollen wir sehen, wer tut das? Die Hamburg-Amerika-Linie ist jetzt zum großen Teile eine amerikanische Unternehmung, mit Harriman alliiert. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft ist verbunden mit dem Amerikanischen Kupfertrust und mit dem bekannten amerikanischen Bankhaus Kuhn und Loeb. Der Stinnes-Trust sucht Verbindungen mit Frankreich und hat sie schon zum Teil gefunden. Er arbeitet während der Ruhrkrise sogar mit Loucheur und Schneider-Creuzot. Krupp hat schon im vorigen Jahre einen großen Teil seiner Aktien an Urquhart verkauft und ist von den englischen Banken, die die Asiatic Corporation finanziert, eng liiert. Man könnte eine deutsche Großfirma nach der anderen nennen; jede von ihnen steht jetzt in engster Beziehung zu ausländischen Bankhäusern, zu ausländischen Industrieunternehmungen.

Was ist das Resultat dieser Tatsache? Das französische, amerikanische, englische usw. Kapital kontrolliert die deutsche Industrie, diktiert ihr, was sie produzieren soll, verabredet mit ihr die Preise, die die deutschen Konsumenten zahlen, und die Löhne, die die deutschen Arbeiter und Techniker bekommen. Der Erlös der deutschen Ausfuhr fließt durch diese Verbindungen in die ausländischen Banken, er wird dem Zugriff der deutschen Steuerbehörden entzogen.

Aber das ist noch das wenigste. Das ausländische Kapital bekommt auf diese Weise die Entscheidung über die deutsche Politik. Die deutsche Presse freute sich sehr naiv über den Einfluß, den Herr Cuno durch seine Beziehungen zu Harriman auf Amerika ausüben kann. Von diesem Einfluß hat man nichts gehört, aber man weiß, wie die Rücksicht auf Amerika, auf die Haltung der amerikanischen Finanzkreise die ausschlaggebende Rolle in der Politik der deutschen Regierung spielt. — Das Verhältnis von Krupp zu Rußland liegt in den Händen des Engländers Urquhart. Damit liegt ein Teil des deutschen Wiederaufbaues in den Händen des englischen Kapitals. — Die deutsche Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft beeinflußte in der Person Walter Rathenaus und Herrn Felix Deutschs die deutsche Regierung in ihrer russischen Politik vom Standpunkt der Interessen der amerikanischen Bankfirma Kuhn und Loeb. — Der Stinnes-Lubersac-Vertrag beleuchtete in der grellsten Form diese Abhängigkeit der deutschen Politik von kapitalistischen Interessen.

Die Erfüllungspolitik war eine Sünde, solange sie geleitet wurde von der Deutschen Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in der Person von Rathenau oder von den Bankhäusern Warburg und Melchior. Sie wurde zur patriotischen Tat, als Herr Stinnes das Geschäft mit dem französischen Stinnes, mit Loucheur machen sollte. Jede Anrufung des deutschen Volkes durch die Politiken ist eine Lächerlichkeit, solange sie mit den Stinnes, Krupp, Haniel usw. nicht brechen.

Was sind die Stinnes, Krupp, Haniel, AEG., Wolf usw.?

Sind das gute oder schlechte Personen, sind das überhaupt Einzelpersonen? Es sind die Beherrscher der deutschen Kohle, des deutschen Eisens, der deutschen Elektrizität, d. h. es sind die Beherrscher der kommandierenden Höhen der deutschen Volkswirtschaft. Es ist die deutsche Großindustrie, das deutsche Großkapital. Das „Gewissen" und Herr Reventlow kennen nicht die deutsche kapitalistische Klasse. Nun, wir haben ihnen diesen sozialogischen Begriff konkretisiert. Kennen Sie seine Bestandteile, wollen Sie behaupten, daß es unwahr ist, daß in der Hand der genannten Führenden, zu denen man noch die führenden deutschen Banken zählen muß, die entscheidenden wirtschaftlichen Mittel sich befinden, ohne die Deutschland weder einen Waffenstillstand von Frankreich erkaufen kann noch gegen Frankreich den Krieg führen kann?

Das „Gewissen" und Graf Reventlow wie die gesamte deutschvölkische Presse erklären, daß sie gegen jene Elemente kämpfen wollen, die Deutschland ausbeuten, auspowern und auswuchern, die ihr Kapital vergrößern in der Zeit, wo die breitesten Massen des deutschen Volkes immer größere Not leiden, wo der deutsche Staat 2 Prozent seiner Ausgaben durch Steuern zu decken imstande

Hitler mobilisiert zum 2. September

Knilling droht — Die Faszistenbanden schließen Schutz- und Trutzbündnisse

Für das Alldeutschtum ist der 2. September immer eine willkommene Gelegenheit, die Volksinstinkte in seinem Interesse aufzupeitschen. Durch den französischen Chauvinismus und die Reparationspolitik ist die Möglichkeit für nationalistische Verhetzung und Bauernfängerei noch gesteigert worden. Die Vaterländischen Verbände Bayerns benutzen dies, um den diesjährigen Sedantag zu einem großen deutschen Nationaltag zu machen. Sie benutzen alle ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel, um den Tag „deutschen Heldentruhms" ihren politischen Zwecken dienstbar zu machen. Berühmte Heerführer, leitende Staatsmänner und hervorragende Politiker sollen als Festdekoration verwendet werden. Fahnen und Standarten aus den glorreichen Zeiten werden von der Direktion des bayerischen Armeemuseums zur Verfügung gestellt. Bis jetzt liegen 50 000 Anmeldungen aus dem Reiche vor.

Ausgerechnet die bayerischen vaterländischen Vereinigungen sind es, die für die deutsche „Nation" einireten. Dieselben Leute, die dauernd gegen die Reichspolitik wettern und zu einer Loslösung Bayerns sofort bereit sind, wenn für sie ein Vorteil herauskommt! Was den bayerischen Nationalisten die „Einheit der deutschen Nation" ist, zeigt sich in der Haltung, die die Regierung Knilling zu der neuen Reichsregierung einnimmt. Nachdem Cuno, der die Faszisten in der Ordnungszelle Bayern schalten und walten ließ, wie sie wollten, durch den Massensturm der Arbeiter zum Teufel gejagt worden war, nahm das bayerische Kabinett sofort Stellung zur innerpolitischen Lage Deutschlands. Das Ergebnis der Beratungen ist eine Drohung Bayerns an das Reich, die sich in den Sätzen Knillings ausdrückt.

„Es darf in der Reichsregierung kein Zweifel darüber bestehen, daß das bayerische Staatsministerium in völliger Uebereinstimmung mit dem Willen des bayerischen Volkes nicht in der Lage ist, Kompromisse zu schließen und Zugeständnisse zu [illegible] ingriffe in politischer [illegible] ayern auf unbeug-

[illegible] sregierung zeigt, daß [illegible] tionale Einheitsfront [illegible] sruder führt. Haupt- [illegible] chte nicht angetastet [illegible] bildung eines Sonder- [illegible] wenn sie ihre an- [illegible] politischer Art durch-

[illegible] rung bereits erfahren, [illegible] en will. Blutbäder [illegible] nen Arbeitern waren [illegible] len anderen Städten [illegible] rte Mittel droht der [illegible] in seiner neuesten [illegible] es ihnen einfallen [illegible] hmern zu erzwingen. [illegible] ch das Vertrauen der [illegible] s anders, dann hätte [illegible] chsinnenminister sein [illegible] schen Organisationen, [illegible] will die riesengroße [illegible] Die Zeitungssprengung [illegible] und die neue Mord- [illegible] em Sozialdemokraten [illegible], bis neue harte Tatsachen [illegible] emokratischen Minister [illegible] sziten zur Verfügung

[illegible] rn Sollmann. „Die [illegible] rusführischen Mobili- [illegible] eichen Zeitpunkt man [illegible] ß die einzelnen Ver- [illegible] „Chef des Stabes" der Kampfverbände Bayerns aufgefordert werden, bis zum 20. August die Meldungen über Bestand ihrer Organisationsarbeiten einzureichen. Um bestehende Zersplitterungen zu überbrücken, werden die örtlichen Leitungen der Verbände aufgefordert, örtliche Schutz- und Trutzbündnisse zu schließen. Mit aller Deutlichkeit geht aus dem Rundschreiben hervor, daß Hitler die Schlappe, die er am 1. Mai durch den gemeinsamen Aufmarsch der Arbeiter in Bayern erlitt, jetzt schnellstens durch rücksichtsloses Auftreten bei dem beginnenden Aufmarsch wieder wettmachen will.

Wie zielbewußt die Hitlergarden auf ihre nationale Diktatur gegen die Arbeiterklasse hinarbeiten, geht deutlich aus den Mitteilungen hervor, die nach der „Münchener Post" Hitler seinen österreichischen Freunden zukommen ließ, als sie über die Beteiligung an den im Herbst stattfindenden Reichstagswahlen diskutiert. Hitler verlangt:

....„daß sie sich nicht an den Wahlen beteiligen sollen, da heute, wo Deutschland vor den schwersten Katastrophen stehe, die Kraft im Wahlkampfe nicht verzettelt werden dürfe. Es könne sein, daß eine nationale Diktatur des Parlamentarismus hinwegfege und da wäre es verfehlt, sich am Parlamentarismus zu beteiligen. Weit wichtiger sei es, alle Kraft an dem Ausbau der Ordnertruppen zu verwenden."

Die nationale Diktatur, das wird der Zweck des Aufmarsches der Nationalsozialisten im Süden und der Deutschvölkischen im Norden sein. Die Kämpfe der Kapptage haben den Arbeitern und Angestellten einen verflucht blutigen Vorgeschmack dieser nationalen Diktatur gegeben. Die Arbeiterschaft will sich nicht wieder — wie damals — überrumpeln lassen, um dann mit ihrem Blute, mit tausenden Proletarierleichen die Riesenzeche für die katastrophalen Versäumnisse der jämmerlichen Republikaner von heute zu bezahlen. In allen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, in den Parteien, Gewerkschaften und Betriebsrätesorganisationen muß sofort die Frage aufgeworfen werden, was gegenüber dem neuen Faszistenaufmarsch durch diese Organisationen geschehen soll. In allen Betrieben muß die proletarische Einheitsfront zum Kampf gegen nationalistische Hetze und Diktaturgelüste aufgerichtet werden. Vor den Massen der Arbeiter und Angestellten werden die nationalistischen Maulhelden an „ihrem" 2. September bleich und schlotternd in die Mauselöcher kriechen.

Darum, Arbeiter, rüstet zur Massenabwehr!

Einheitsfront gegen den Parlamentarismus

(Eig. Drahtm.) München, 21. August.

Der „Miesbacher Anzeiger" stellt mit Genugtuung fest, daß nunmehr auch der Bund „Bayern und Reich", die militärische Organisation der bayerischen Volkspartei, in die allgemeine Einheitsfront gegen den Parlamentarismus eingerückt sei. Das Blatt kündet an, daß noch in dieser Woche die Faszisten aller Richtungen der Regierung Knilling, zu der sie ausgesprochen kein Vertrauen mehr haben, mit neuen Forderungen kommen würden. In Wirklichkeit erfahren die Bestrebungen der bayrischen Faszisten natürlich von der bayrischen Regierung direkte und indirekte Unterstützung.

Hindenburg, Kahr, Rupprecht & Co.

München, 20. August.

Der Popanz aller Monarchisten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, kam in München an und wurde von dem Regierungspräsidenten v. Kahr, dem Polizeipräsidenten Mantel und dem Vorsitzenden der Vereinigung vaterländischer Verbände Bayerns, Professor H. Bauer, empfangen. Der Führer einer Abteilung Landespolizei, die die Absperrung übernommen hatte, meldete sich militärisch bei dem Feldmarschall. Darauf fand bei Herrn v. Kahr ein Tee statt, bei dem Hindenburg nach den „M. N. N." eine Reihe ihm bekannter Herren getroffen haben soll. Später hatte Herr v. Kahr den Exkronprinzen Rupprecht, der zur „Begrüßung" Hindenburgs nach München gekommen war, mit Hindenburg zusammen zu einem „Frühstück" geladen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230822-14/fragment/page=0007